

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

MIGRATION AUS ZENTRALASIEN NACH RUSSLAND DIE DEUTSCHEN POLITISCHEN STIFTUNGEN IN ZENTRALASIEN

■ ANALYSE

Postsowjetische Migration aus Zentralasien nach Russland.

Neue Akteure in globalen Migrationsprozessen

2

Von Sergej Abaschin, Sankt Petersburg

■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Statistiken zu Migranten aus zentralasiatischen Staaten in Russland

6

■ DOKUMENTATION

Terra incognita? – Die deutschen politischen Stiftungen in Zentralasien

10

■ CHRONIK

18. November – 15. Dezember 2017

14

Kasachstan

14

Kirgistan

16

Tadschikistan

19

Turkmenistan

23

Usbekistan

24

Postsowjetische Migration aus Zentralasien nach Russland. Neue Akteure in globalen Migrationsprozessen

Von Sergej Abaschin, Sankt Petersburg

Zusammenfassung

Die Arbeitsmigration von Zentralasien nach Russland ist derzeit ein viel beachtetes gesellschaftliches und mediales Phänomen. Der Autor weist darauf hin, dass Migrationsprozesse im eurasischen Raum jedoch nichts Neues sind und dass sie zwar besondere Merkmale haben, aber doch Teil weltweiter Wanderungsbewegungen sind. Bis in die 1970er Jahre war Zentralasien Einwanderungsregion, seitdem haben unter anderem sinkende Geburtenraten in Russland bei steigenden Zahlen in Zentralasien für eine Umkehr gesorgt, in den 1990er Jahren aber auch die Abwanderung von Angehörigen nichtzentralasiatischer Nationalitäten in ihre nominelle »Heimat«. Die Migration von arbeitssuchenden Kirgisen, Tadschiken und Usbeken nach Russland setzte dann Ende der 1990er Jahre ein und erreichte 2014 ihren bisherigen Höhepunkt. In der Masse planen die Migranten nicht ihre dauerhafte Umsiedlung, sondern eine Rückkehr in ihre Herkunftsländer, langfristig ist aber mit immer mehr Menschen zu rechnen, die die russische Staatsbürgerschaft annehmen und sich endgültig in Russland niederlassen.

Die Migrationsprozesse aus Zentralasien nach Russland haben eine lange Geschichte, die schon in der Sowjetzeit begann. Nach dem Zerfall der UdSSR haben sie ungeahnte Dimensionen angenommen und wurden zu einem der wichtigsten Einflussfaktoren des wirtschaftlichen und politischen Lebens sowohl in Zentralasien als auch in Russland; sie haben die kulturelle und sprachliche Landschaft des eurasischen Raums verändert. Dieses neue Migrationsphänomen wurde Gegenstand heftiger Diskussionen unter Politikern und Experten, aber auch ein wichtiges Thema in den Beziehungen zwischen Russland und seinen südlichen Nachbarn. Im früheren sowjetischen Raum zeigten sich rasch globale Tendenzen: eine Unterteilung in Sender- und Empfängerländer massenhafter Migrationsströme mit den damit verbundenen Problemen und eine Zunahme fremdenfeindlicher Einstellungen. Gleichzeitig breitet sich das Phänomen allmählich über die Grenzen Eurasiens nach Europa, Asien und Nordamerika aus.

Im Folgenden werden Etappen und Besonderheiten der Migration aus Zentralasien nach Russland charakterisiert, einige Haupttendenzen bei der Herausbildung dieser Migrationsprozesse herausgearbeitet und ihre Vielfalt und ausgeprägte Dynamik sowie die Merkmale, die diese Migrationen als Teil globaler Prozesse ausweisen und die in allen Ländern der Erde ähnlich sind, aufgezeigt. Gleichzeitig werden die spezifischen Eigenarten der Migrationsbewegungen in den ehemaligen Sowjetrepubliken beschrieben, die aktuelle Phase der Migration analysiert und versucht, die weitere Entwicklung zu prognostizieren. Ziel des Beitrags ist es, die Untersuchung der Migrationsprozesse im postsowjetischen Raum aus der früheren sowjetologischen Beschränktheit zu lösen und sie als Teil der gegenwärtigen Weltordnung zu begreifen und zu analysieren.

Im Zentrum steht die Migration aus Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan. Die statistischen Angaben,

die weiter unten angeführt werden, entsprechen nicht immer den methodischen Anforderungen an Vollständigkeit und Transparenz von Erhebungen. Sie können aber dennoch eine gewisse Vorstellung von den Haupttendenzen der aktuellen Migrationsprozesse in der Region geben.

Die Dynamik der Migrationsprozesse in der Sowjetunion

Vom Ende des 19. Jh. bis ungefähr in die 1970er Jahre war Zentralasien eine Empfängerregion für Migranten, die sehr unterschiedlichen Kategorien angehörten: Übersiedler auf Arbeitssuche, Angehörige deportierter Völker sowie Flüchtlinge und Kriegsgefangene während des Ersten und Zweiten Weltkriegs. Ein ganzes Jahrhundert lang wuchs der Anteil an Migranten und Personen mit Migrationshintergrund in der Region und betrug insbesondere in einigen Städten mehr als die Hälfte der Bevölkerung. Doch schon in den 1970er Jahren versiegte dieser Migrationsstrom und die Abwanderung aus Zentralasien übertraf die Zuwanderung. Dafür gab es eine ganze Reihe von Gründen, vor allem demographische Ungleichgewichte: Während in Russland die Wachstumsraten der bereits überwiegend urbanisierten Bevölkerung abnahmen, stiegen sie in Zentralasien mit seiner vorwiegend ländlichen Bevölkerung weiter. Die Abwanderung hatte auch mit dem Einsetzen einer aktiven »Nationalisierung« der zentralasiatischen Eliten zu tun, die sich zunehmend um ihren Status sorgten und ihre Präsenz auf allen Ebenen der Verwaltung und der Wirtschaft verstärkten. Dies rief beim russischsprachigen Teil der Bevölkerung das Gefühl hervor, eine verdrängte Minderheit zu sein.

In den 1980er Jahren, also noch während der Sowjetzeit, begann man die Übersiedlung in die entgegengesetzte Richtung zu stimulieren: aus dem überbevölkerten Zentralasien nach Russland, wo bereits Entvölkerung und

Arbeitskräftemangel virulent wurden. Die Umsiedlung vollzog sich auf organisiertem Wege, beispielsweise durch turnusmäßige Anwerbung von Arbeitskräften – die sogenannten Arbeitsbataillone der Armee –, die in Wirklichkeit mit dem Bau ziviler Objekte in Russland beschäftigt waren. Schließlich begann man ein Projekt zu planen und sogar bereits umzusetzen, das die massenhafte und dauerhafte Umsiedlung ganzer Familien aus Zentralasien in ländliche Gegenden der RSFSR zum Ziel hatte. Diese Pläne wurden jedoch durch den Zusammenbruch der UdSSR gestoppt.

Die Migrationsprozesse der 1990er Jahre

Den postsowjetischen Migrationsaustausch zwischen Russland und den zentralasiatischen Staaten nach 1991 kann man grob in zwei Phasen einteilen: die 1990er und die 2000er Jahre.

In den Migrationsbewegungen der 1990er Jahre aus Zentralasien nach Russland spiegelt sich klar der Zusammenbruch des Imperiums wider. Die neuen unabhängigen Republiken erklärten sich zu nationalen und von der Kontrolle durch die frühere Metropole befreiten Staaten; sie begannen mehr oder minder aktiv eine Politik der Ethnisierung aller Lebensbereiche zugunsten der »Titulnation«. Folge war die massenhafte Abwanderung derjenigen, die zur Minderheit geworden waren, in Länder, die sie als die »ihren« betrachteten: Russen, Tataren, Nordkaukasier u. a. reisten in die RF aus, Ukrainer und Krimtataren in die Ukraine, Deutsche nach Deutschland, Juden nach Israel etc.

Einen zusätzlichen »Push«-Faktor bildeten die schwere Wirtschaftskrise, die alle postsowjetischen Länder erfasste, und die politische Instabilität, insbesondere in Tadschikistan, wo 1992–1997 Bürgerkrieg herrschte.

Diese Migrationswelle begann 1990, am Vorabend des Zerfalls der UdSSR, als Rinnsal und erreichte ihren Höhepunkt 1994. Danach sanken die Abwanderungsraten allmählich, wenn auch mit Schwankungen, doch der Trend zur Ausreise setzte sich in den 1990er und 2000er Jahren kontinuierlich fort. Nach offiziellen Angaben erhielten zwischen 1992 und 2009 ca. 2,5 Mio. Zuwanderer aus Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan die russische Staatsbürgerschaft (siehe Tabelle 1).

Zu den Merkmalen dieser Migrationsphase gehörte ihre ethnische Ausrichtung: Sie erfasste vor allem Angehörige der nicht zur Titulnation gehörigen Nationalitäten, die zu Beginn der 1990er Jahre panikartig die Region verließen. Der Wunsch nach Anschluss an den Staat der »eigenen« Nation oder die Flucht vor Verdrängung aus dem Staat der »fremden« Nation bildeten das Hauptmotiv der Ausreise. Die Repatrianten suchten meistens nach einer permanenten Bleibe in Russland und strebten die russische Staatsbürgerschaft an. Sie wanderten im Familienverband aus und benötigten am neuen Wohnort nicht nur einen Arbeitsplatz, sondern auch eine dau-

erhafte Unterkunft sowie alle notwendigen sozialen Einrichtungen. Meistens handelte es sich um Stadtbewohner mit guter Ausbildung und hohen Anforderungen an ihre Lebensbedingungen, – dies führte nicht selten zu Traumatisierung infolge ihres niedrigeren Status und Lebensstandards in irgendeinem russischen Provinzstädtchen.

Umfang und Struktur der Migration in den 2000er Jahren

Ende der 1990er Jahre/Anfang des 21. Jahrhunderts vollzog sich ein entscheidender Wandel in den Haupttendenzen der Migration aus Zentralasien nach Russland. Zwar setzte sich die Abwanderung jener Bevölkerungsgruppen fort, die in ihre historische Heimat zurückkehren wollten, doch entwickelte sich daneben eine neue, rasch anwachsende Migration, bei der es in der Hauptsache um Arbeitseinkommen ging. Die ersten Migranten dieses Typs trafen zusammen mit der Hauptwelle der Repatrianten in Russland ein. Doch mit der Zeit entwickelte die Arbeitsmigration ihre eigene Dynamik.

Durch die rasche wirtschaftliche Erholung in Russland nach der Krise von 1998 und in Verbindung mit dem andauernden Bevölkerungsrückgang entstand ab etwa 2005 ein Defizit an Arbeitskräften auf dem russischen Arbeitsmarkt, das, befördert durch Visafreiheit und kulturelle Gemeinsamkeiten, Migranten aus den früheren Sowjetrepubliken anzog, die ihrerseits bei anhaltendem Bevölkerungswachstum, aber rückläufiger Wirtschaftsleistung einen Arbeitskräfteüberschuss hatten (Tabelle 2).

Zuerst reisten Bürger der ärmsten zentralasiatischen Staaten – Tadschikistan und Kirgistan – als Arbeitsmigranten nach Russland; nur wenig später folgten Arbeitssuchende aus Usbekistan. Es migrierten nicht nur Menschen aus ärmeren Schichten, sondern auch Angehörige der einheimischen Mittelklasse. Der Umfang der Migration aus Kasachstan nach Russland ist zwar auch bedeutend, doch handelt es sich meist um Migration aus den Grenzregionen oder zu Ausbildungszwecken. Kasachstan befand sich eher in der Situation Russlands: der durch Rohstoffreichtum bedingte wirtschaftliche Aufschwung zog eine Nachfrage nach Arbeitskräften nach sich. In Turkmenistan konnte das rohstoffbasierte Wirtschaftswachstum durch eigene überschüssige Arbeitskräfte in Gang kommen.

Die Arbeitsmigration aus Zentralasien nach Russland erreichte rasch gewaltige Ausmaße. Nach offiziellen Angaben des Föderalen Migrationsdienstes Russlands befanden sich im Jahr 2014 4,3 Mio. Staatsbürger Kirgistans, Tadschikistans und Usbekistans auf dem Territorium Russlands (Tabelle 3). Weitere Zehntausende oder sogar Hunderttausende ehemalige Bürger dieser Staaten mit russischer Staatsangehörigkeit lebten dort faktisch wie Arbeitsmigranten. 2014 erreichte die Präsenz von Zentralasiaten in Russland ihren bisherigen Höchststand. Die

Arbeitsmigration wurde für viele Bewohner der Region zu einer wichtigen wirtschaftlichen Überlebensstrategie im Sinne des Einkommens- und Statuszuwachses. Insgesamt wurden nach offiziellen Berechnungen der russischen Zentralbank im Jahre 2013 fast 13 Mrd. US-Dollar aus Russland in diese drei Länder überwiesen (Tabelle 4). Usbeken stellen das größte Kontingent der Migranten in Russland und dorthin wird am meisten Geld überwiesen, doch gemessen an der Wirtschaftskraft und Bevölkerung ihrer Länder fallen die Zuwanderer aus Tadschikistan und Kirgistan und deren Überweisungen dort mehr ins Gewicht. Für die Regierungen aller drei Länder sind diese Geldsendungen zu einem wichtigen Instrument der Linderung sozialer Not und der Entschärfung damit verbundener potentieller Konflikte geworden, daher haben sie die Ausreise der Arbeitssuchenden nicht behindert.

Der primär wirtschaftliche Charakter der Migration bedingt ihre strukturellen Merkmale. Es migrieren hauptsächlich Dorfbewohner und Kleinstädter sowie Geringqualifizierte, d. h. Personen, die zu Hause Probleme haben, eine gut bezahlte Arbeit zu bekommen. In Russland arbeiten sie auf dem Bau, im Dienstleistungssektor, im Handel etc. Hauptsächlich handelt es sich um Männer im arbeitsfähigen Alter, der Anteil junger Leute ist mit fast 50 % hoch. Frauen sind an den Migrationsströmen aus Usbekistan und Tadschikistan in viel geringerem Maße beteiligt (bis zu 20 %), und ihr Anteil hat sich im Lauf der Zeit nicht verändert. Der Anteil weiblicher Arbeitsmigranten aus Kirgistan ist mit etwa 40 % höher, das hat offensichtlich mit weniger rigiden kulturellen Normen bezüglich der Mobilität von Frauen in Kirgistan zu tun. Der Prozentsatz von Kindern und Rentnern ist sehr niedrig – das bedeutet, dass die Migranten (mit Ausnahme der Kirgisen) relativ selten als ganze Familien nach Russland ausreisen.

Zirkuläre Migration

In der Regel haben die zentralasiatischen Arbeitsmigranten nicht das Ziel, auf Dauer ihr Geburtsland zu verlassen. Meist behalten sie die Staatsbürgerschaft ihres Herkunftslandes und kehren mehr oder minder regelmäßig dorthin zurück, um sich dann erneut nach Russland zu begeben. Oft haben sie in ihrer Heimat Familien und Häuser und überweisen das erarbeitete Geld für deren Unterhalt: für den Erwerb von hochwertigen Konsumgütern und die Abhaltung von Festen mit hohem Prestige, zur Bezahlung von Arzneimitteln und Schul- oder Studiengebühren etc. Sogar diejenigen, die nur selten heimkehren, sehen ihre Lebenssituation als zeitlich begrenzt an; sie halten enge virtuelle Verbindungen mit ihren Familien aufrecht und setzen sich die Rückkehr in die Heimat als Zukunftsziel. Dieser Typus wird weltweit als transnationale oder zirkuläre Migration bezeichnet.

Bis Ende 2014 gab es in Russland verschiedene Möglichkeiten des legalen Aufenthalts von Arbeitsmigranten ohne Visa: eine (nach Quotensystem vergebene) Arbeitserlaubnis und der Kauf eines Arbeitspatents. Seit 2015 haben sich die Rechtsvorschriften für einen legalen Aufenthalt von Migranten ohne russische Staatsbürgerschaft geändert (die Legalisierung schließt das Recht auf Erwerbstätigkeit ein). Am verbreitetsten sind ein visafreier Aufenthalt für einen beschränkten Zeitraum, Erwerb eines Arbeitspatents sowie Erlangung einer befristeten Aufenthaltsgenehmigung und eines Aufenthaltsrechts (Tabelle 5). Für usbekische und tadschikische Staatsangehörige ist der Kauf eines Arbeitspatents Vorbedingung für einen länger als drei Monate dauernden legalen Aufenthalt. Bürger Kirgistans, das seit 2015 Mitglied der Eurasischen Wirtschaftsunion (EEU) ist, sind nur zur Registrierung am Wohnort und zum Abschluss eines Arbeitsvertrags verpflichtet. Doch in der Praxis funktionieren die meisten Rechtsvorschriften nicht. Wegen der hohen Kosten für Migranten und Arbeitgeber leben und arbeiten die Betroffenen ohne Papiere oder mit unvollständigen oder sogar falschen Dokumenten in Russland. Nicht selten basiert der Status der Migranten auf informellen Beziehungen und Korruption.

Die Dynamik der Migration

Der Anteil von Arbeitsmigranten aus Zentralasien, der in Russland heimisch wird, eine Aufenthaltserlaubnis oder sogar die russische Staatsbürgerschaft besitzt, wächst allmählich, dominiert bis jetzt im Strom der Migranten aber noch nicht. Ihre Zahl lässt sich ansatzweise anhand der russischen Volkszählungen schätzen, da dort die ethnische Zugehörigkeit von Personen mit ständigem Wohnsitz in der RF erfragt wird. Der letzte Zensus 2010 listete ca. 0,6 Mio. aus Zentralasien stammende Einwohner auf (Tabelle 6). Zieht man die Angaben über den Erwerb der russischen Staatsbürgerschaft [in den Folgejahren] in Betracht, so könnte ihre Zahl Ende 2016 auf 0,8 Mio. angestiegen sein. Viele dieser Zuwanderer, die russische Staatsangehörige sind und deren Kinder in Russland aufwachsen, sehen dennoch weiterhin ihren Aufenthalt in Russland als zeitlich befristet an und halten sich die Möglichkeit offen, in ihre »historische Heimat« zurückzukehren.

Die Migration ist keine lineare Bewegung in nur eine Richtung – aus Zentralasien nach Russland –, sondern durch kompliziertere Dynamiken geprägt. Parallel zum Migrationsstrom nach Russland existiert eine beträchtliche, zeitlich begrenzte oder dauerhafte Rückkehrmigration. Die Mehrzahl der Migranten pendelt regelmäßig zwischen Herkunfts- und Aufnahmeländern. Eine größere Gruppe plant, mit der Zeit ihre transnationalen Migrationsmuster aufzugeben und dauerhaft in der Heimat zu bleiben. Viele Arbeitsmigranten kehren tatsäch-

lich nach einer Reihe von Auslandsjobs für immer nach Hause zurück, für viele andere bleibt dies ein »Mythos von der Heimkehr«.

Langfristig betrachtet gab es zwei massenhafte Rückkehrbewegungen zentralasiatischer Migranten aus Russland: 2009 und zwischen 2014–2016. Dies hatte mit den beiden Wirtschaftskrisen in Russland zu tun. Bei der ersten Krise im Jahr 2009 verringerte sich die Zahl usbekischer und tadschikischer Migranten nach Einschätzung von Experten um ca. 20 bis 25 %, aber bereits 2010 kehrte sich der Trend wieder um. 2014 begann die zweite Wirtschaftskrise in Russland, die zum Verlust von Arbeitsplätzen führte und zum Verfall des Rubelkurses gegenüber dem US-Dollar, der Hauptwährung für die Überweisungen von Migranten, um fast 200 % (Tabelle 7). Parallel zu den wegen der Krise rückläufigen Einkommen verteuerten sich die Gebühren für die Legalisierung des Aufenthalts und die Arbeitsvermittlung in Russland. Außerdem wurde 2013 die Praxis, Ausländer wegen kleiner Vergehen zu deportieren, verschärft und ein Wiedereinreiseverbot eingeführt. Insgesamt wurden in den Jahren 2013–2016 mehr als 1,8 Mio. ausländische Bürger mit einem Einreiseverbot belegt, fast 400.000 von ihnen waren vorher ausgewiesen oder deportiert worden. Diese Entwicklungen führten dazu, dass 2016 die Zahl der Arbeitsmigranten aus Zentralasien erneut auf 3,4 Mio. sank, also um 21 % (Tabelle 8).

2017 war die Zahl der Arbeitsmigranten wieder im Steigen begriffen. Zunächst betraf dies Kirgistan, wo die Zahl der Migranten in den Jahren 2014–15 ebenfalls gesunken war, aber nicht so stark wie bei seinen Nachbarn. Nach dem Eintritt des Landes in die EEU und der damit verbundenen leichteren Legalisierung wuchs die Zahl kirgisischer Bürger in Russland rasch an und ist bereits höher als vor der Krise. Auch die Zuwanderung aus Tadschikistan und Usbekistan hat wieder an Tempo gewonnen, u. a. wegen einer partiellen Amnestie für Ausländer, die wegen kleiner Vergehen mit einem Einreiseverbot nach Russland belegt worden waren: 2015 wurden kirgisische Staatsbürger amnestiert, 2017 tadschikische. Hauptfaktor für das

neuerliche Anwachsen der Migrationsströme ist jedoch die wirtschaftliche Stabilisierung Russlands und das zunehmende Arbeitskräftedefizit auf dem russischen Arbeitsmarkt aufgrund der ungünstigen demographischen Entwicklung. Die Migranten, die den Schock der Krise und die Änderungen der Migrationsvorschriften durchgestanden haben, passen sich nun den neuen Gegebenheiten an.

Fazit

Die gegenwärtige Migration aus Zentralasien nach Russland hat also vor allem einen zirkulären Charakter. Die Bewohner der Region werden aufgrund wirtschaftlicher und sozialer Probleme in ihrem Herkunftsland zu Arbeitsmigranten; Ziel der überwältigenden Mehrheit ist letztendlich die Rückkehr in die Heimat, mit der sie intensive Beziehungen pflegen. Viele dieser Migranten leben (und arbeiten) oft über Jahre oder gar Jahrzehnte in solch einem transnationalen Geflecht. Sie planen keine endgültige Übersiedlung, sondern passen sich flexibel der wirtschaftlichen Situation sowie den Veränderungen der politischen Regime und der Rahmenbedingungen für Migration sowohl in Russland als auch in ihren Heimatländern an.

Dennoch wird die Tendenz zu einer längerfristigen Ansiedlung in Russland stärker. Immer mehr Migranten sind russische Staatsbürger; sie übersiedeln zunehmend gemeinsam mit ihren Familien nach Russland und ihre Kinder werden hier sozialisiert. Gleichzeitig wächst auch die Zahl der Migranten aus Zentralasien in andere Länder als Russland. All dies wird voraussichtlich in absehbarer Zeit zu einer endgültigen Übersiedlung eines beträchtlichen Teils von Zentralasiaten in neue Aufenthaltsländer und zur Entstehung großer Diaspora-Gemeinden führen. Russland und dann auch die übrigen Länder werden die zentralasiatische Region immer stärker als Herkunfts- und Rekrutierungsländer künftiger Staatsbürger wahrnehmen und immer mehr an ihre Interessen in Zentralasien denken.

Aus dem Russischen von Brigitte Heuer

Über den Autor:

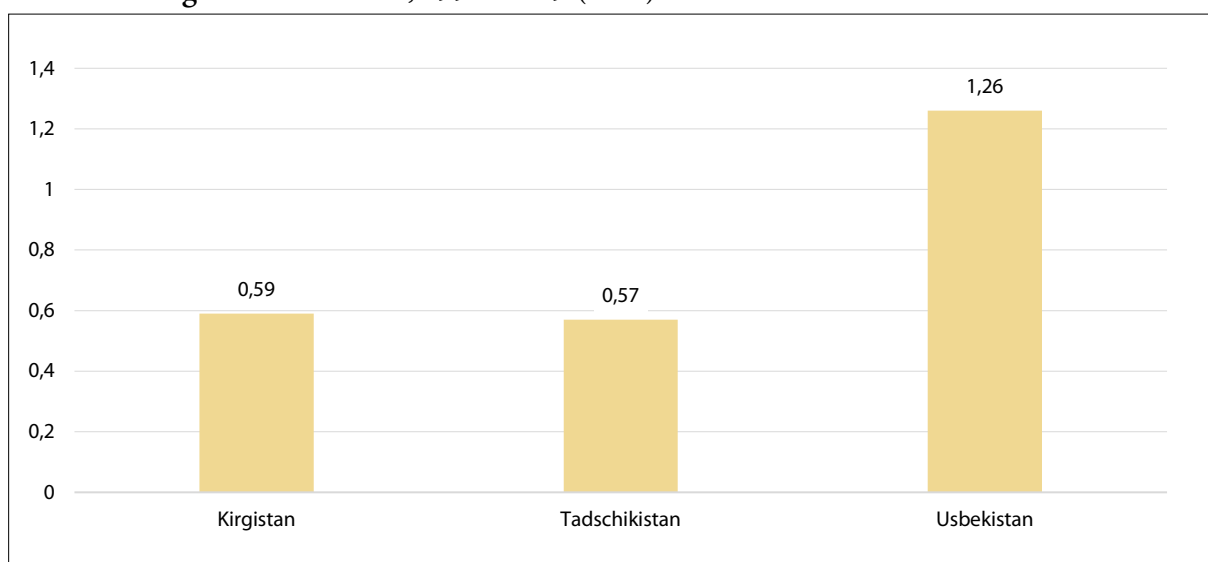
Sergej Abaschin ist Professor an der Europäischen Universität in Sankt Petersburg und befasst sich mit Identitätsfragen, Postkolonialismus und Migrationen im postsowjetischen Raum. Jüngste Veröffentlichungen: »Nationalismen in Zentralasien. Auf der Suche nach Identität« (2007), »Ein sowjetischer Kischlak. Zwischen Kolonialismus und Modernisierung« (2015).

Lesetipps:

- Sergey Ryazantsev, Labour Migration from Central Asia to Russia in the Context of the Economic Crisis, Valdai Paper 55, 29.8.2016, = <<http://valdaiclub.com/a/valdai-papers/valdai-paper-55-labour-migration-from-central-asia/>>
- Olga Chudinovskikh, Mikhail Denisenko, Russia: A Migration System with Soviet Roots, Migration Policy Institute, 18.5.2017, = <<https://www.migrationpolicy.org/article/russia-migration-system-soviet-roots>>

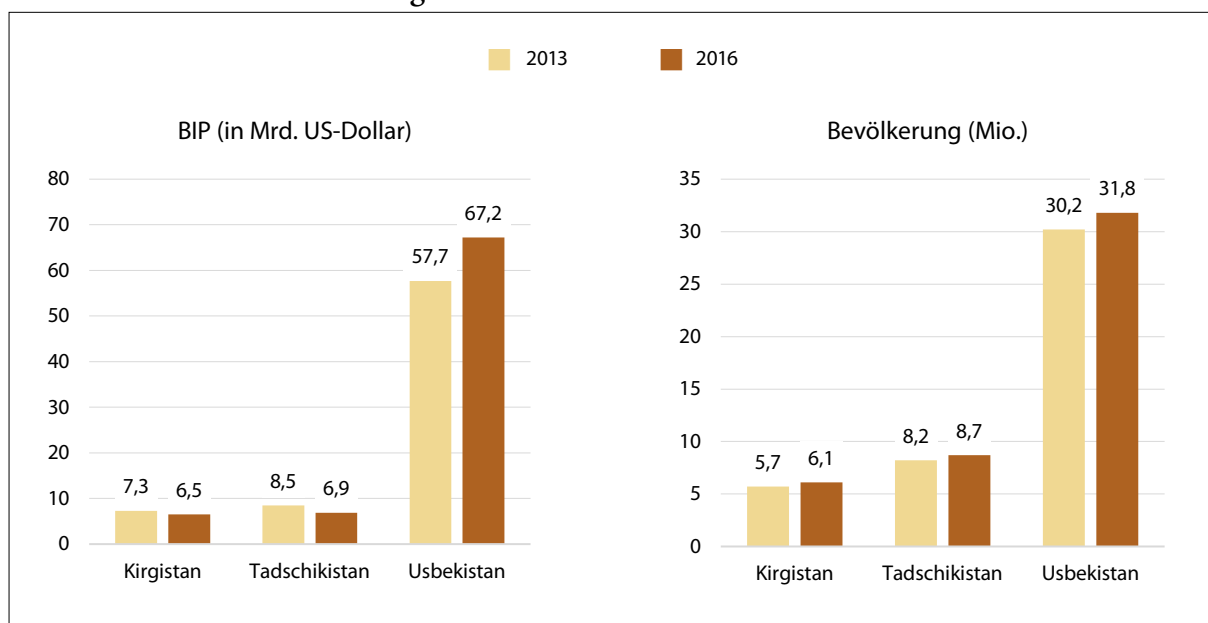
Statistiken zu Migranten aus zentralasiatischen Staaten in Russland

Grafik 1: Zahl der Personen zentralasiatischer Herkunft, die die russische Staatsbürgerschaft angenommen haben, 1992–2009 (Mio.)



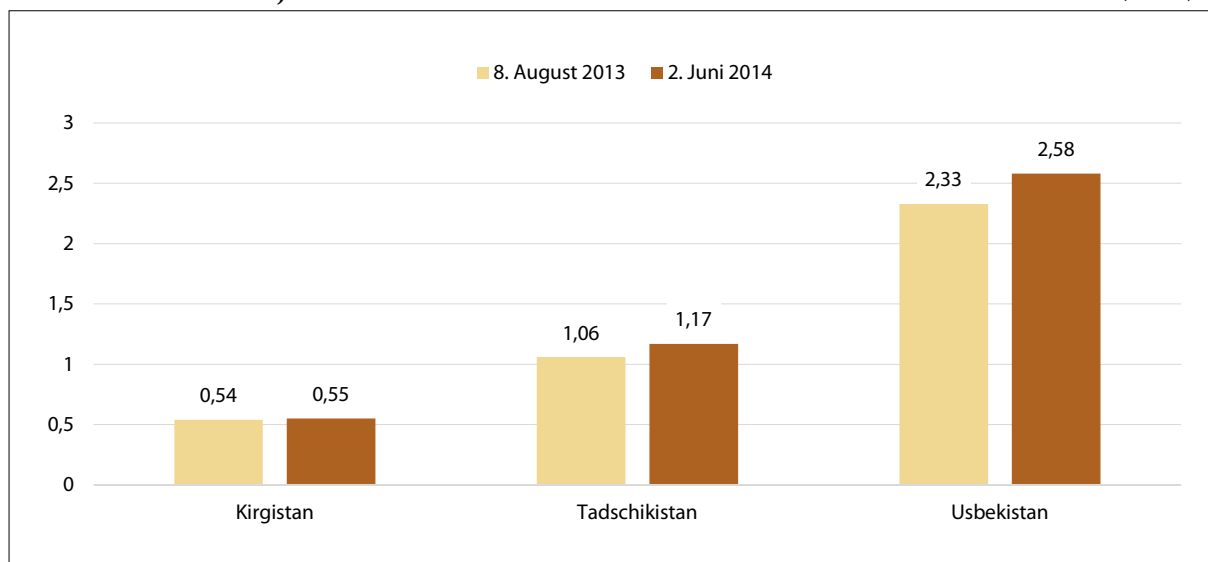
Quelle: Tschudinowskich, O.S., *Gosudarstwennye regulirowanie priobretenija graschdanstwa Rossijskoj Federazii: politika i tendenzii*, Moskau 2014, S. 14, 38, 52.

Grafik 2: BIP und Bevölkerung der Länder Zentralasiens



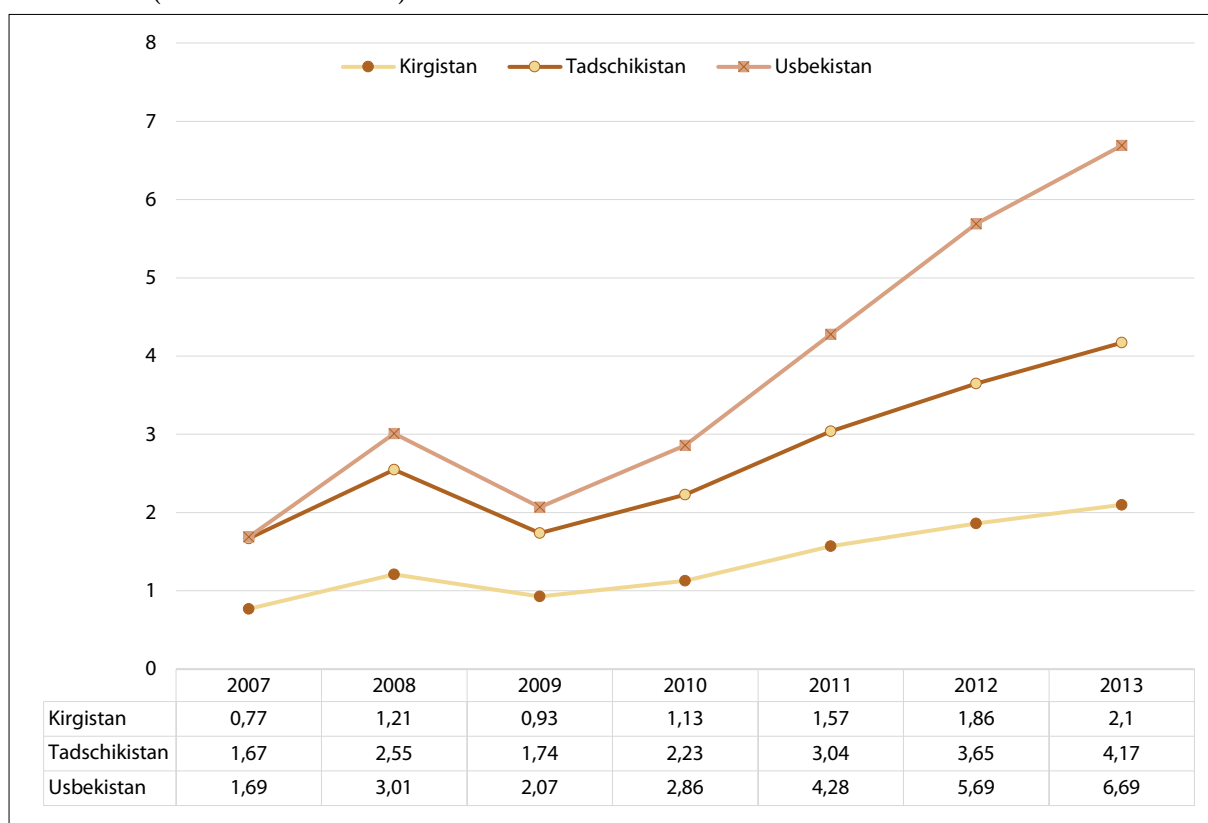
Zusammengestellt nach Angaben der Weltbank =<<http://data.worldbank.org/>>

Grafik 3: Zahl zentralasiatischer Staatsbürger, die sich an einem Stichtag in den Jahren 2013 und 2014 jeweils auf dem Territorium der Russischen Föderation aufhielten (Mio.)

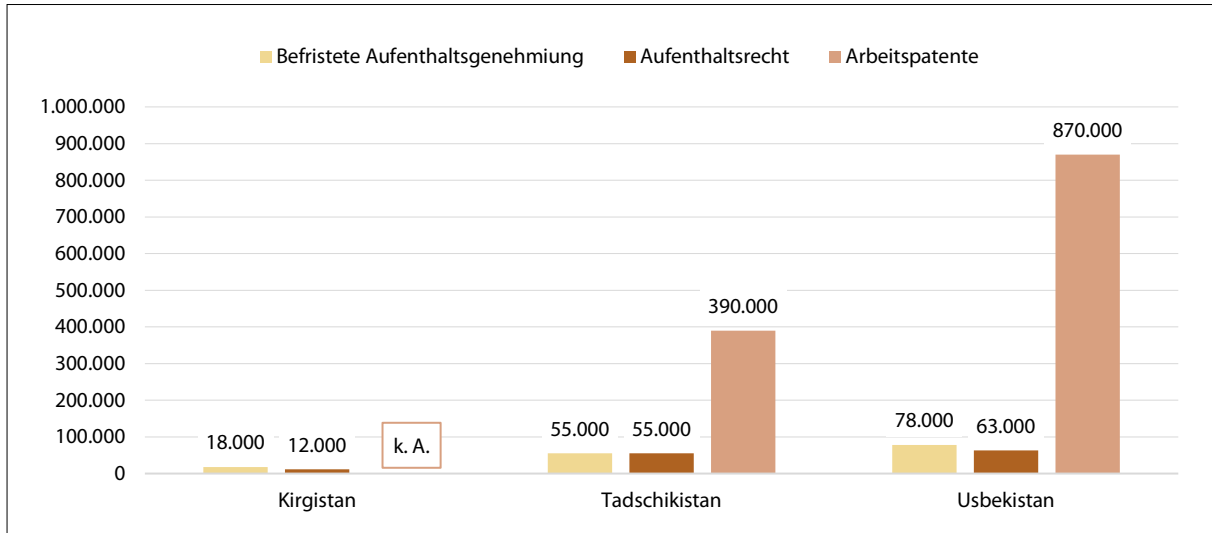


Quelle: Mkrtschjan, N.; Florinskaja, Ju., *Migracija: sochranenie tendenzii*, in: *Monitoring ekonomitscheskoj situazii w Rossii 12(50)*, Juni 2017, S. 25; Daten des Föderalen Migrationsdienstes Russlands.

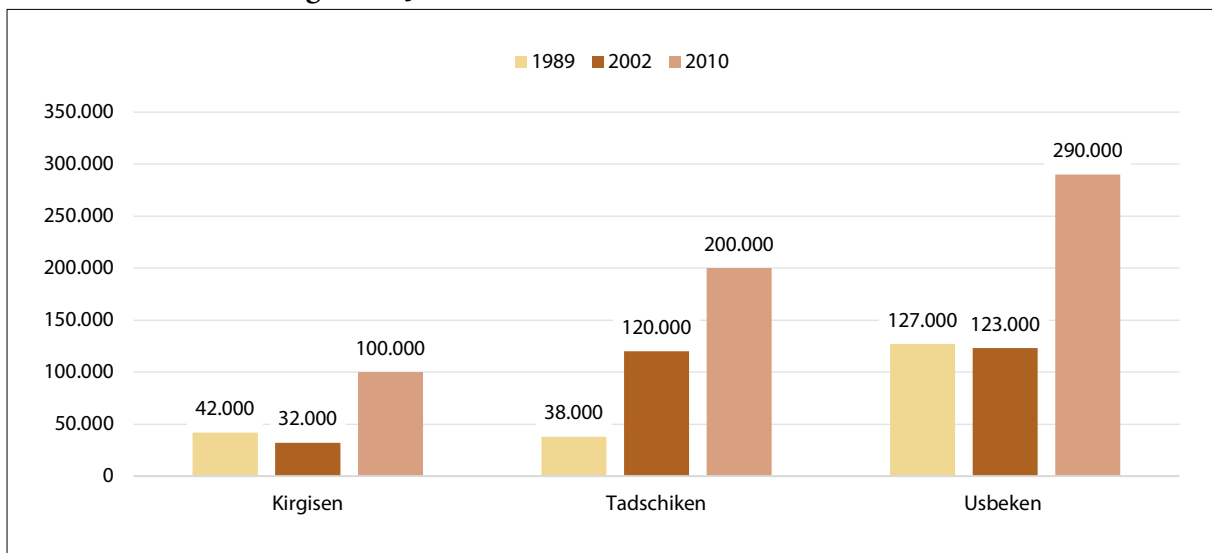
Grafik 4: Überweisungen natürlicher Personen aus Russland nach Zentralasien 2007–2013 (in Mrd. US-Dollar)



Quelle: *Transgranitschnye perewody fisitscheskich liz po osnovnym stranam-kontragentam*, = http://www.cbr.ru/statistics/?Prtid=svs&ch=Par_17101#CheckedItem

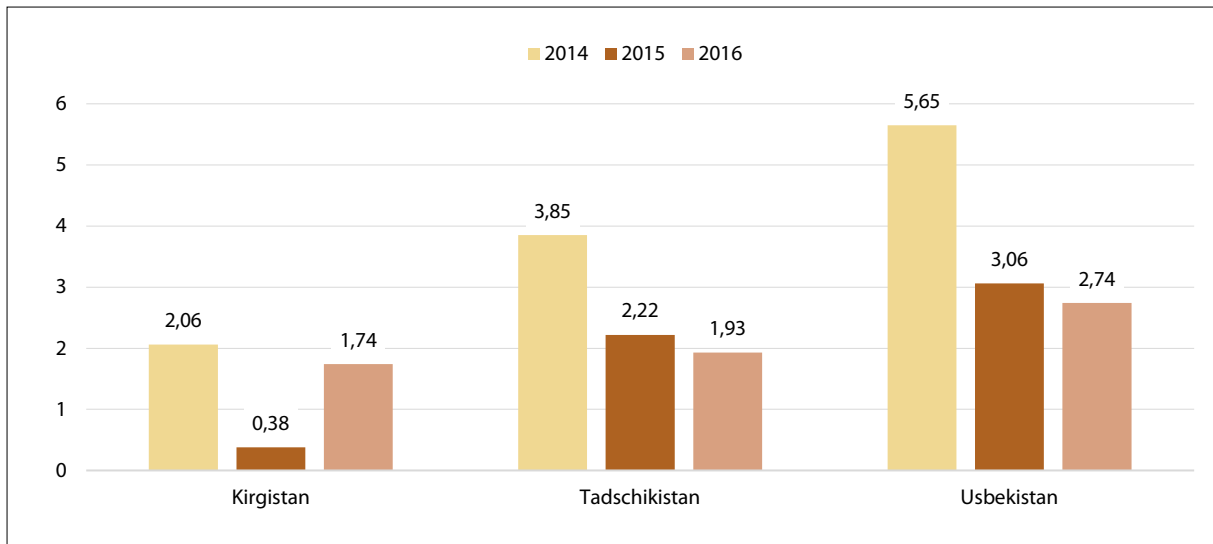
Grafik 5: Rechtlicher Status von Arbeitsmigranten im Jahr 2016

Zusammengestellt nach Angaben des Innenministeriums sowie: Schtscherbakowa, E.: *Migracija w Rossii. Predwaritelnye itogi 2016 goda*, in: *Demoskop-Weekly*, Nr. 719–720, 6.–19. März 2017. <<http://www.demoscope.ru/weekly/2017/0719/barom05.php>>

Grafik 6: Personen zentralasiatischer Herkunft mit ständigem Wohnsitz in Russland in den Volkszählungen der Jahre 1989, 2002 und 2010

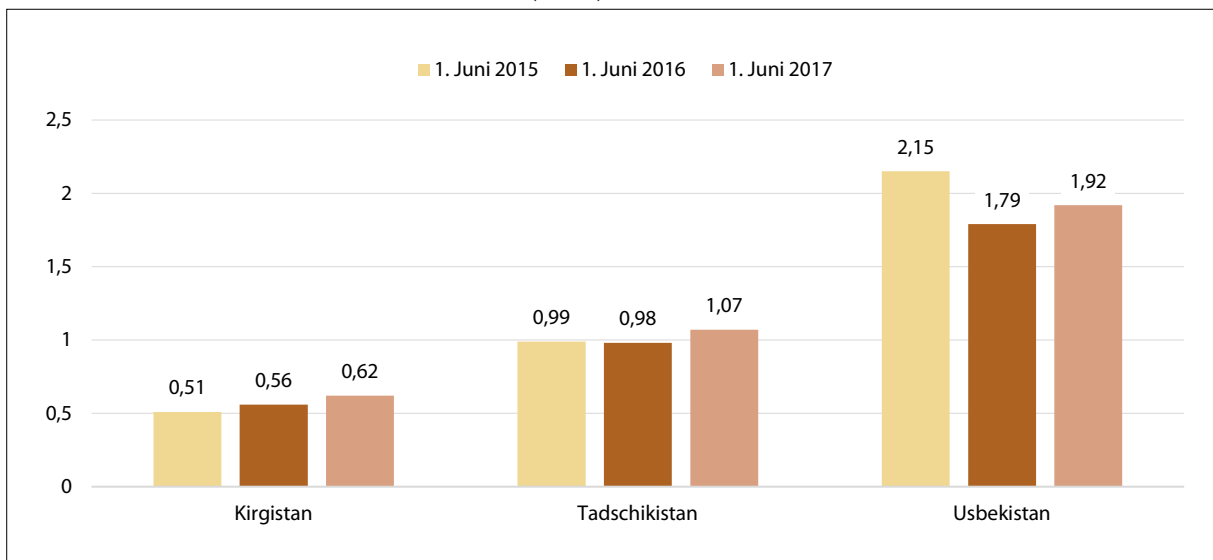
Quelle: Angaben der Zeitschrift *Krisis* 2014–2016.

Grafik 7: Überweisungen natürlicher Personen aus Russland in den Jahren 2014–2016 (in Mrd. US-Dollar)



Quelle: Angaben der Russischen Zentralbank, <<https://www.cbr.ru/eng/>>

Grafik 8: Zahl von Staatsbürgern zentralasiatischer Staaten auf dem Territorium der Russischen Föderation, 2015–2017 (Mio.)



Quelle: Mkrttschjan, N.; Florinskaja, Ju.: Migracija: sochranenie tendenzii, in: *Monitoring ekonomitscheskoj situazii v Rossii*, 12(50), Juni 2017, S. 25.

Terra incognita? – Die deutschen politischen Stiftungen in Zentralasien

Bereits seit mehr als zwanzig Jahren sind deutsche politische Stiftungen in Zentralasien tätig. Wie ihre Arbeit vor Ort aussieht, wird in Deutschland kaum thematisiert. Die Recherchen zu diesem Beitrag haben gezeigt, dass es auch gar nicht so einfach ist, etwas darüber zu erfahren.

Das Modell der deutschen politischen Stiftungen ist weltweit einzigartig, da sich hier sowohl zivilgesellschaftliche Merkmale, nahezu vollständige staatliche Finanzierung und Parteiennähe in einer Organisationsform vereinen. Ihre Hauptaufgaben sehen die Stiftungen im Inland vor allem in der politischen Bildungsarbeit, im Ausland in der Demokratieförderung. Bei den politischen Stiftungen handelt es sich um privatrechtliche Organisationen, die mit Ausnahme der Friedrich-Naumann-Stiftung rein juristisch eingetragene Vereine sind. Sie agieren rechtlich unabhängig von den Parteien.

Finanziert werden die politischen Stiftungen zum größten Teil aus öffentlichen Geldern von Bund und Ländern. Voraussetzung hierfür ist die Unterstützung der Stiftung durch eine seit mindestens zwei Legislaturperioden im Bundestag vertretene Partei. Die Höhe der Leistungen wird entsprechend der Ergebnisse bei Landes- und Bundestagswahlen festgelegt. Gelder fließen unter anderem als sogenannte Globalmittel aus dem Bundesinnenministerium. Studienfördergelder und Stipendien werden vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Auswärtigen Amt bereitgestellt. Die Projektförderung, die gerade im Rahmen der Auslandsarbeit eine große Rolle spielt, erfolgt durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Alle Ausgaben unterliegen mehrfachen Kontrollen durch Instanzen wie dem Bundesrechnungshof und Wirtschaftsprüfern.

Seit Aufnahme ihrer internationalen Tätigkeit im Jahr 1962 haben die deutschen politischen Stiftungen Auslandsbüros in mehr als 100 Ländern aufgebaut. In einer »Gemeinsamen Erklärung zur Finanzierung der politischen Stiftungen« von 1999, der sich später auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung anschloss, werden die Ziele ihrer entwicklungspolitischen Arbeit folgendermaßen präzisiert: »(...) mit Programmen und Projekten entwicklungspolitische Hilfe zu leisten und zum Aufbau demokratischer, freiheitlicher und rechtsstaatlicher Strukturen, die den Menschen- und Bürgerrechten verpflichtet sind, beizutragen.« Im Ausland können die Stiftungen ihre Projekte weitestgehend unabhängig von aktuellen Aufgaben und Zielen deutscher Diplomatie durchführen.

Von den derzeit sechs deutschen politischen Stiftungen, der Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU), der Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD), der Heinrich-Böll-Stiftung (Bündnis 90/Grüne), der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FDP), der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Die Linke) und der Hanns-Seidl-Stiftung (CSU), sind lediglich drei (KAS, FES, HSS) mit einer oder mehreren Dependancen in den zentralasiatischen Republiken vertreten, die meist aus einer entsandten Person und fünf bis sechs Ortskräften bestehen. Die Projekte der FNSSt und RLS werden von den jeweiligen Regionalbüros in Moskau betreut; die Heinrich-Böll-Stiftung ist aktuell in der Region nicht aktiv.

In ihrer Arbeit in Zentralasien setzen die Stiftungen inhaltliche Schwerpunkte, die an die Ziele der ihnen jeweils nahestehenden politischen Partei erinnern. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung stellt beispielsweise die Arbeit gegen soziale Ungerechtigkeit in den Mittelpunkt und setzt sich für mehr Zugang zum öffentlichen Raum für Menschen mit Behinderung ein; Projekte sollen dabei ausdrücklich auf Augenhöhe in einem dialogischen Prozess zwischen Stiftung und Partnerorganisation entstehen. Für die Konrad-Adenauer-Stiftung liegen die Schwerpunkte bei der Förderung von sozialer Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und außen- und sicherheitspolitischem Dialog. Dieses Engagement spiegelt sich in Fachkonferenzen zur Wirtschaftspolitik oder Publikationen zu aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen wider. Bei der Hans-Seidl-Stiftung steht die Stärkung der Integrität der lokalen Selbstverwaltung im Fokus. In einem aktuellen Projekt in Kirgistan soll dies durch Schulungen der Zivilgesellschaft, Medien und Kommunalverwaltung erreicht werden.

Auch die Wahl der Partnerorganisationen vor Ort lässt eine Verbindung zu den Zielen der hinter den Stiftungen stehenden Parteien erkennen. Die Friedrich-Naumann-Stiftung kooperiert beispielsweise in Kirgistan mit dem »Central Asia Free Market Center«, das Themen wie Transparenz, Bürgerrechte, Rechtsstaat, Marktwirtschaft und Freihandel in den Mittelpunkt stellt. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hingegen arbeitet im selben Land mit der NGO ShTAB (School of Theory and Activism Bishkek) zusammen, die sich mit dem sozialistischen Erbe auseinandersetzt und in Workshops und Veröffentlichungen aktuelle Probleme der kirgisischen Gesellschaft aus einer linken Perspektive kritisch bearbeitet.

Als eines der größten Hindernisse für erfolgreiche Stiftungsarbeit wurde in einem Interview mit Stiftungsmitarbeitern der von Moskau aus tätigen Rosa-Luxemburg-Stiftung die geographische Ferne zum Förderort angegeben. Der Kontakt zu Partnerorganisationen und die Koordination von administrativen Prozessen würden darunter leiden. Eine Filiale vor Ort würde zudem den Zugriff auf weitere Finanzierungstöpfе für umfangreichere Projekte ermögli-

chen. Die Schließung des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tadschikistan in diesem Jahr lässt andererseits vermuten, dass auch die Arbeit vor Ort für eine politische Stiftung nicht unproblematisch ist.

Die Recherche für diesen Beitrag hat gezeigt, dass es nicht einfach ist, an Informationen über die Arbeit der politischen Stiftungen in Zentralasien zu kommen. Oftmals bieten die Websites der einzelnen Büros, so vorhanden, nur wenig Details über aktuelle Projekte und Partner in der Region. Die Seiten der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Friedrich-Naumann-Stiftung sind zudem ausschließlich auf Russisch verfügbar. Auch die Kontaktaufnahme über E-Mail erwies sich als schwierig: In einigen Fällen gab es entweder gar keine Antwort oder das Anliegen ging wegen unklarer Zuständigkeiten zwischen Zentrale und lokalem Büro unter. Die jährlich erscheinenden Berichte der Gesamtstiftungen befassen sich eher essayistisch mit Themenschwerpunkten und geben wenig bis gar keine Auskunft über die konkrete Arbeit vor Ort.

Aus den Rechenschaftsberichten ist weiterhin nicht zu entnehmen, wie hoch das Budget der einzelnen Auslandsbüros ist. In der verpflichtenden Einnahmen-Ausgaben-Rechnung ist aber für das Vergleichsjahr 2015 bei allen Stiftungen Projektarbeit im Ausland bzw. Ausgaben für internationale Zusammenarbeit als größter Posten ausgewiesen. Die Friedrich-Naumann-Stiftung gibt zudem den Raum Asien als größten Mittelempfänger an, während bei der Heinrich-Böll-Stiftung die meisten Mittel nach Europa fließen.

In der oben erwähnten gemeinsamen Erklärung der Stiftungen wird unterstrichen, dass »(...) ihr vorrangiges Anliegen [ist], die Öffentlichkeit regelmäßig und umfassend über ihre Arbeit zu informieren und die Verwendung ihrer Mittel transparent zu machen.« Die Erfahrung im Rahmen der Recherche für diesen Artikel zeigen jedoch, dass zumindest für den Raum Zentralasien in diesem Bereich erheblicher Nachholbedarf besteht. Eine unabhängige Untersuchung über Nutzen und Erfolge der Arbeit der deutschen politischen Stiftungen vor Ort scheint dringend notwendig.

Lena Heller, Dénes Jäger

Deutsche politische Stiftungen in Zentralasien

Stiftung	Länder/ Regionen	Vor Ort tätig seit	Kontakt Daten	Büroleitung und Personal	Programmschwerpunkte	Einnahmen (Gesamtstiftung 2015, in Mio. Euro)
Konrad-Adenauer- Stiftung (KAS)	Kasachstan	1994	Länderbüro Kasachstan Kabanbai Batyr Str. 6/3 - 83 010001 Astana Republik Kasachstan Tel. +7 71 72 92 50 13 Fax +7 71 72 92 50 31 Info.Kasachstan@kas.de < http://www.kas.de/kasachstan/ > < https://www.facebook.com/kasburoastana/ >	Thomas Helm (5 Ortskräfte)	- Politik und Medien - Kommunale Selbstverwaltung - Politische Bildung	152,9
	Regional- programm Zentralasien	1994	Regionalprogramm Zentralasien Sarvog Str. 38 100031 Tashkent Usbekistan Tel. +99 871 215 52 01 Fax +99 871 255 3094 info.zentralasien@kas.de	Dr. Thomas Kunze (zu Ortskräften k. A.)	- Bildung (v. a. Kirgistan), - Medienarbeit (v. a. Kirgistan und Usbekistan) - Aufarbeitung des Stalinismus, - zivilgesellschaftliches Engagement, - regionale Zusammen- arbeit - Dialog (Experten- gespräche)	

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Deutsche politische Stiftungen in Zentralasien (Fortsetzung)

Stiftung	Länder/ Regionen	Vor Ort tätig seit	Kontaktdaten	Büroleitung und Personal	Programmschwerpunkte	Einnahmen (Gesamtstiftung 2015, in Mio. Euro)
Friedrich-Ebert- Stiftung (FES)	Kasachstan	1993	Büro Kasachstan Bogenbai Batyra Str. 42A 050010 Almaty Kasachstan Tel.: +7 727 291-4108 Fax: +7 727 291-0364 < http://www.fes-centralasia.org/de/fes/fes-zentralasien/kasachstan.html > < https://www.facebook.com/fes.kz >	Henriette Kiefer (9 Ortskräfte)	- Demokratie, - Wirtschaft und Soziales, - Rechtsstaat und Menschenrechte, - Zivilgesellschaft, - Außen- und Sicherheitspolitik	163,2
			Büro Astana Dostyk Str. 1 010000 Astana Kasachstan Tel: +7 7172 50 46 13	(3 Ortskräfte)		
	Usbekistan	1995	Büro Usbekistan Kibrai 8 100077 Taschkent Usbekistan Tel.: +998 71 2680060/97 Fax: +998 71 1400261 fes_tashkent@fes.uz	vom Büro in Kasachstan mitverwaltet (4 Ortskräfte)		
	Kirgistan	1993	Büro Kirgistan Moskowskaja-Str. 154, Whg. 19 720017 Bischkek Kirgistan Tel.: +996-312/ 624237; 663077 Fax: +996-312/ 664852 fes_bishkek@infotel.kg < www.fes-kirgistan.org >	Alexander Rosenplänter (zu Ortskräften k. A.)	- Entwicklung der Zivilgesellschaft, - politische und soziale Stabilität durch Friedenssicherung, - Stärkung rechtsstaatlicher Strukturen	
	Tadschikistan	2002	Geschlossen 2017			
Friedrich-Nau- mann-Stiftung für die Freiheit (FNSt)	Projektbüro Russland und Zen- tralasien	1993 (RF) 1996 (Kas, Kg, Usb) 2008 (Tj)	Projektbüro Russland und Zen- tralasien 1-aya Tverskaya-Yamskaya Str. 23/1, entr. 2 125047 Moskau Russische Föderation Tel: +7 495 232 65 30 moskau@fnst.org < http://www.fnst.ru > < http://facebook.com/fnfrussia >	Julius von Freytag- Loringhoven (5 Ortskräfte)	- Abbau der relativen Iso- lation, - Toleranz, - Marktwirtschaft, Freihandel	54,4

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Deutsche politische Stiftungen in Zentralasien (Fortsetzung)

Stiftung	Länder/ Regionen	Vor Ort tätig seit	Kontaktdaten	Büroleitung und Personal	Programmschwerpunkte	Einnahmen (Gesamtstiftung 2015, in Mio. Euro)
Rosa-Luxemburg- Stiftung (RLS)	Regional- büro Russ- land/Zen- tralasien/ Kaukasus	2003	Regionalbüro Russland/ Zentralasien/Kaukasus Tsvetnoy Boulevard 22 / 1 127051 Moskau Russische Föderation Tel.: +7 495 780 4347 info@rosalux.ru < http://www.rosalux.ru > < https://www.facebook.com/ Фонд-Розы- Люксембург-филиал- в-Москве-878968 472213536/ >	Kerstin Kaiser (6 Ortskräfte)	- Zugang zum öffentlichen Raum für Initiativen in den Bereichen Migration, Behindertenpolitik und Geschlechtergerechtig- keit, - Sozialstaatlichkeit, - differenziertes Ge- schichtsverständnis, - Konzepte für eine nach- haltige regionale Ent- wicklung, - Entwicklung kleiner und mittlerer Städte als um- fassende Lebensräume	53,6
Hanns-Seidl- Stiftung (HSS)	Kirgistan, Kasachstan	2009	Panfilov Str. 237, Zi. 101-104 Bischkek 720040 Kirgistan Tel.: +996 312 623119 kirgisistan@hss.de < http://www2.hss.de/centralasia/ de/kirgisistan.html > < https://www.facebook.com/ HannsSeidelStiftungZentralasien >	Dr. Max Georg Meier (zu Ortskräften k. A.)	- Förderung der Verwal- tungskapazität von kom- munaler und staatlicher Verwaltung, lokalen Volksvertretungen, des Polizei- und zivilgesell- schaftlichen Sektors	66,3
	Tadschi- kistan		S. Nosir Str. 33 734003 Duschanbe Tel.: +992 44 6257309 Fax: +992 37 2241786 E-Mail: tadschikistan@hss.de			

18. November – 15. Dezember 2017

Kasachstan

18.11.2017	Die russische Nachrichtenagentur TASS meldet unter Berufung auf den stellvertretenden russischen Premier Igor Schuwalow, dass sich russische und kasachstanische Delegationen bei Konsultationen in der Stadt Aktöbe (Gebiet Aktöbe) über die Streckenführung des Hochgeschwindigkeitszugs »Eurasia« geeinigt haben.
18.11.2017	Informationsminister Dauren Abajew kündigt an, dass im Rahmen eines Pilotprojekts auf dem staatlichen Fernsehkanal Chabar ab dem 1.1.2018 keine Werbung mehr gezeigt werden soll.
18.11.2017	Der Fernsehsender KTK berichtet in einem Beitrag über den voranschreitenden Brain Drain aus Kasachstan, dass im vergangenen Jahr 28.200 Personen das Land verlassen haben, darunter 5.000 Ingenieure, 2.700 Ökonomen und 1.700 Lehrer.
21.11.2017	Der u. a. in seiner Rolle als Borat bekannt gewordene britische Komiker Sacha Baron Cohen erklärt sich dazu bereit, Strafzahlungen für das Tragen von sog. Borat-Badeanzügen in der Öffentlichkeit zu übernehmen. Zuvor war bekannt geworden, dass sechs tschechische Touristen, die in Astana in Borat-Badeanzügen von Sicherheitsbeamten festgesetzt worden waren, erst nach Zahlung von umgerechnet 68 US-Dollar Bußgeld wegen Hooliganismus freigelassen wurden.
21.11.2017	An der kasachstanisch-chinesischen Grenze bei Chorgos stauen sich mehr als 200 kasachstanische Lastwagen auf einer Länge von 5 km. Über die Gründe für die Verzögerungen bei der Grenzabfertigung ist nichts bekannt.
22.11.2017	Ein Kiewer Gericht entscheidet, die vor einem Monat in der ukrainischen Hauptstadt festgenommene kasachstanische Bloggerin Schanar Achmet aus der Untersuchungshaft zu entlassen. Eine Auslieferung nach Kasachstan wird aber weiterhin geprüft.
23.11.2017	Die untere Kammer des Parlaments verabschiedet in erster Lesung Änderungen des Gesetzes über Massenmedien, die Journalisten u. a. vorschreiben, Befragte vor der Veröffentlichung persönlicher Informationen um ihr Einverständnis zu bitten.
24.11.2017	Es wird bekannt, dass kasachstanische Anti-Terror-Einheiten an zweiwöchigen internationalen Manövern zur Terrorismusbekämpfung in Pakistan teilgenommen haben.
24.11.2017	In Taschkent finden kasachstanisch-usbekische Regierungskonsultationen unter Leitung von Vize-Premier Askar Mamin und dem usbekischen Premier Abdulla Aripow statt. Nach Angaben Mamins ist das Handelsvolumen zwischen beiden Staaten in den ersten neun Monaten 2017 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 30 % gestiegen.
26.11.2017	Die Tochter des ehemaligen Bürgermeisters von St. Petersburg, Anatolij Sobtschak, und Kandidatin bei der russischen Präsidentschaftswahl, Ksenjia Sobtschak, erklärt in einem Fernsehinterview, dass sich im Ural unweit der kasachstanischen Grenze ein zweites Tschernobyl ereignet habe. Der kasachstanische Energieminister Bosumbajew kündigt daraufhin verstärkte Kontrollen hinsichtlich radioaktiver Belastung der Luft in Kasachstan an.
27.11.2017	Der bekannte Bürgerrechtler Machambet Abschan wird von einem Gericht in Astana wegen Betrugs zu einer Haftstrafe von dreieinhalb Jahren verurteilt.
28.11.2017	Das Außenministerium gibt in einer Stellungnahme bekannt, dass der stellvertretende Außenminister Akylbek Kamaldinow mit dem chinesischen Botschafter in Kasachstan, Zhang Hanghui, die Lage der Kasachen im Autonomen Uighurischen Gebiet Xinjiang erörtert hat.
29.11.2017	Präsidententochter Alija Nasarbajewa übernimmt die Leitung des Präsidiums der Assoziation ökologischer Organisationen Kasachstans.
29.11.2017	Dutzende Arbeiter im Kupferbergbau treten in der Stadt Scheskasgan (Gebiet Karaganda) in den Streik, um ihrer Forderung nach 70%iger Anhebung ihrer Löhne, einer verbesserten Altersversorgung und besseren Arbeitsbedingungen Nachdruck zu verleihen.
29.11.2017	Im Vorfeld des CSTO-Gipfels in der weißrussischen Hauptstadt Minsk treffen Präsident Nursultan Nasarbajew und sein weißrussischer Amtskollege, Aleksandr Lukaschenko, zu bilateralen Gesprächen zusammen.
30.11.2017	Der Stadtrat von Almaty beschließt anlässlich des Tages des ersten Präsidenten der Republik Kasachstan am 1.12. die Umbenennung der zentralen Furmanow-Straße in Nasarbajew-Straße.

30.11.2017	Rund ein Dutzend Personen demonstrieren vor der kasachstanischen Botschaft in Bischkek gegen eine vom kasachstanischen Staatssender Chabar ausgestrahlte Dokumentation, in der u. a. Präsident Nasarbajew als treibende Kraft bei der Stabilisierung Kirgistans nach dem Sturz von Ex-Präsident Kurmanbek Bakijew bezeichnet wurde.
30.11.2017	Präsident Nasarbajew und sein kirgisischer Amtskollege Sooronbaj Dscheenbekow signalisieren während eines Treffens am Rande des CSTO-Gipfels in Minsk ihre Bereitschaft, die angespannten kirgisisch-kasachstanischen Beziehungen zu harmonisieren.
30.11.2017	Der Streik der Kupferbergleute des Unternehmens Kazachmys in Scheskasgan weitet sich auf mehr als 300 Mitarbeiter aus.
3.12.2017	In Minsk stirbt an seinem 47. Geburtstag der wegen seiner kritischen Fernsehsendungen und Online-Berichte beliebte kasachstanische Journalist Gennadij Bendzikij.
4.12.2017	Der ehemalige Vorsitzende des Journalistenverbandes Seitkasy Matajew wird vorzeitig aus dem Gefängnis der Stadt Kapschagai entlassen, sein Sohn bleibt weiterhin in Haft.
5.12.2017	Kirgistan und Kasachstan beschließen eine gemeinsame Roadmap zur Entspannung der Lage an der gemeinsamen Grenze. Die kirgisische Regierung kündigt daraufhin an, ihre Beschwerde gegen Kasachstan bei der Welthandelsorganisation WTO zurückzuziehen.
5.12.2017	Der Staatskonzern (und wichtigste Uranproduzent weltweit) Kazatomprom gibt eine Verringerung der Uranförderung um 20 % aufgrund der geringen globalen Nachfrage bekannt.
5.12.2017	Die Stadtverwaltung von Astana schafft nach Angaben von Bürgermeister Aset Issekeschew ab 2018 Dienstwagen für ihre Mitarbeiter ab.
6.12.2017	Ein Gebietsgericht in Moskau verurteilt den ehemaligen Chef der Polizei von Kasan (Autonome Republik Tatarstan der RF), Ruslan Chalymdarow, wegen der Entführung eines kasachstanischen Staatsbürgers zu zehneinhalb Jahren Haft. Chalymdarows Vorgehen im Rahmen von Ermittlungen gegen internationale Drogenhändler hatte 2010 zur unrechtmäßigen Verurteilung des Kasachstaners Subat Oganow geführt.
6.12.2017	Präsident Nasarbajew droht kasachstanischen Staatsunternehmen, die Kapital illegal ins Ausland geschafft haben, diese Gelder selbst zurückzuholen, wenn sie sie nicht freiwillig im Land reinvestieren.
8.12.2017	Der Fußballklub FK Astana erreicht mit einem 1:0 gegen Slawija Prag überraschend den Einzug in die Zwischenrunde der Europa League. Dort wird Astana auf Sporting Lissabon treffen.
8.12.2017	Der Bürgerrechtler Suin Abulda wird von einem Gericht in Schymkent (Gebiet Südkasachstan) für zwei Monate unter Arrest gestellt, weil er Falschinformationen in einem Betrugsfall gemacht haben soll.
11.12.2017	Der bisherige Chef der Agentur für den Staatsdienst und für Korruptionsbekämpfung, Kairat Koschamscharow, wird zum Generalstaatsanwalt ernannt.
11.12.2017	Ca. 600 Mitarbeiter des Stahlkonzerns ArcelorMittal Temirtau bleiben nach Ende ihrer Schicht unter Tage, um für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne zu demonstrieren. Alle acht Bergwerke des Unternehmens im Gebiet Karaganda sind betroffen. Die Ministerin für Arbeit und soziale Sicherung, Tamara Dujsenowa, kündigt Vermittlungsgespräche an.
11.12.2017	Kazakhtelecom und der Kabelanbieter AlmaTV setzen die Übertragung von vier russländischen Fernsehkanälen (NTW-Mir, RTR-planeta, Russia-24 und Rossija-Kultura) aus nachdem zum wiederholten Mal die Gebühren für die Senderechte erhöht wurden.
11.12.2017	Die staatliche Nachrichtenagentur Kazinform meldet unter Berufung auf den stellvertretenden Minister für Religionsangelegenheiten und Zivilgesellschaft, Berik Aryn, dass ab sofort Minderjährigen der Moscheebesuch nur in Begleitung Erwachsener gestattet ist.
12.12.2017	Aidar Arifchanow steigt vom stellvertretenden Vorsitzenden zum Chef der Staatsholding Baiterek auf.
12.12.2017	In London finden britisch-kasachstanische Regierungskonsultationen zu Fragen der Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Wirtschaft, Technologie und Kultur statt.
13.12.2017	Präsident Nasarbajew reist zu einem offiziellen Staatsbesuch nach Istanbul, wo er u. a. von seinem Amtskollegen Recep Tayyip Erdogan zu Gesprächen über den Stand der bilateralen Zusammenarbeit, aber auch zu den Syrien-Verhandlungen empfangen wird.
13.12.2017	Das EU-Parlament ratifiziert ein Enhanced Partnership and Cooperation Agreement mit Kasachstan als erstem Staat in Zentralasien.

15.12.2017	Die Bergleute des Unternehmens ArcelorMittal geben ihren Streik auf, nachdem das Unternehmen einer 30%igen Lohnerhöhung zugestimmt hat.
15.12.2017	Ein in China wegen Drogenhandels zum Tode verurteilter kasachstanischer Staatsbürger wird von Urumtschi nach Kasachstan ausgeliefert, meldet das Außenministerium.
15.12.2017	Umirsak Schukejew löst Askar Myrsachmetow auf dem Posten des Vize-Premiers und Ministers für Landwirtschaft ab.

Kirgistan

20.11.2017	Auf seiner letzten Pressekonferenz als Präsident bekräftigt Almasbek Atambajew seine Vorwürfe gegenüber Kasachstan und verstärkt sie sogar noch mit der Bemerkung, hochrangige kasachstanische Offizielle wären mit dem Soldaten Schweijk in Jaroslav Havels gleichnamiger Novelle vergleichbar. Außerdem kündigt er an, dass er die SDPK bei den Parlamentswahlen 2020 anführen wolle, aber kein politisches Amt anstrebe.
21.11.2017	Das Oberste Gericht bestätigt das Urteil der Vorinstanz gegen den Führer der Partei Ata-Meken, Omurbek Tekebajew, und Dujschenkul Tschotonow. Beide waren am 8.8.2017 wegen Korruption zu achtjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden.
22.11.2017	Die Presseabteilung der ADB teilt mit, dass der Vorstand der Bank Kirgistan 30 Mio. US-Dollar zum Ausbau der technischen und beruflichen Bildung bewilligt hat.
22.11.2017	Nach Angaben des Grenzdienstes warten am Grenzübergang nach Kasachstan Ak-Tilek 435 LKW auf Abfertigung, in Tschon-Kapka stieg die Zahl auf 185.
22.12.2017	Präsident Atambajew zeichnet seinen russischen Amtskollegen Wladimir Putin mit den Manas-Orden 1. Grades, den usbekischen Präsidenten Schawkat Mirsijojew mit den Danaker-Orden aus.
23.11.2017	Präsident Atambajew und Premier Sapar Isakow entlassen eine ganze Reihe hochrangiger Beamter, u. a. Bolsunbek Kasakow, den Vorsitzenden des Fonds zur Verwaltung des Staatseigentums (FUGI), die Berater des Präsidenten Ikramdschan Ilmijanow und Farid Nijasow, und den stellvertretenden Vorsitzenden des Zollendienstes, Rajimbek Matraimow, dem Korruption im großen Stil nachgesagt wird.
23.11.2017	Der in der Vorwoche als Vize-Premier entlassene Dujschenbek Silalijew wird zum Vorsitzenden des FUGI ernannt.
23.11.2017	An der Goldlagerstätte Dscherui (Gebiet Talas) wird der Grundstein für den Bau einer Fabrik zur Goldgewinnung gelegt. Wenn sie im Frühjahr 2019 den Betrieb aufnimmt, sollen dort 1.000 Menschen Arbeit finden.
24.11.2017	Der am 15.10.2017 von der Bevölkerung gewählte Sooronbaj Dscheenbekow wird feierlich in sein Amt als fünfter Präsident der Republik Kirgistan eingeführt.
24.11.2017	Premier Isakow unterzeichnet ein Dekret, nach dem alle Staatsbediensteten bis 2021 qualifizierte Kirgisischsprachkenntnisse nachweisen müssen.
24.11.2017	Die staatliche Fluglinie Air Kyrgyzstan musste den Betrieb einstellen, weil das einzige ihr zur Verfügung stehende Flugzeug, eine Boeing 737-500, zurzeit repariert werden muss. Ihr zweites Flugzeug ist an eine europäische Fluglinie verpachtet, meldet Sputnik.
25.11.2017	Die Informationsabteilung des Präsidenten teilt in Reaktion auf öffentlich formuliertes Erstaunen über das Fehlen von Rosa Otunbajewa bei der feierlichen Amtseinführung des neuen Präsidenten mit, dass die Ex-Präsidentin nicht eingeladen war. Über die Gründe werden keine Angaben gemacht.
26.11.2017	Eine Delegation der Streitkräfte Kirgistans unter Führung von Generalstabschef Rajimberdi Duischenbijew trifft zu einem mehrtägigen Besuch in Indien ein, während dessen sie mit Vertretern des Verteidigungsministeriums und verschiedener Abteilungen der indischen Streitkräfte Fragen der bilateralen Zusammenarbeit erörtern wird.
27.11.2017	In Bischkek wird feierlich ein Büro von Qatar Charity eröffnet. Die 1992 gegründete größte Wohltätigkeitsorganisation am Persischen Golf engagiert sich beim Bau von Schulen etc. und hat seit 2013 bereits Hilfe für 3 Mio. US-Dollar in Kirgistan geleistet.
27.11.2017	Mit seinem ersten Dekret verleiht der neue Präsident Dscheenbekow seinem Amtsvorgänger Atambajew den Titel eines Helden der Kirgisischen Republik und das Ehrenzeichen Ak Schumkar (Weißer Falke) für seine Verdienste um die Entwicklung des Landes und seinen politischen Willen und Mut.

27.11.2017	Präsident Dscheenbekow nimmt erste personelle Neubesetzungen vor, u. a. ernennt er Ernest Toltojew zu seinem Assistenten und Muratbek Schajimkulow zu seinem Berater. Beide waren zuvor schon Mitarbeiter Dscheenbekows in seiner Funktion als Premierminister gewesen.
28.11.2017	Wirtschaftsminister Artjom Nowikow gibt unter Berufung auf Schätzungen des nationalen statistischen Komitees den Anteil der Schattenwirtschaft an der Ökonomie des Landes mit 23 % an, Experten nennen sogar die Zahl von knapp 40 %.
28.11.2017	Der ehemalige Mufti Kirgistans, Tschubak aschy Dschalilow, macht über seinen YouTube-Kanal bekannt, dass er sich eine zweite Ehefrau zugelegt hat und erklärt dies ausdrücklich zu einem Vorbild für die männliche Bevölkerung, so sie die materielle Versorgung sicherstellen kann.
28.11.2017	Bei einem Treffen mit dem CEO von Centerra Gold Inc., Scott Perry, lobt Premier Isakow die effektive Zusammenarbeit zur Schaffung guter Arbeitsbedingungen für die Kumtor Goldmine. Kirgistan als größter Aktionär sei an einer stabilen langfristigen Tätigkeit in Kumtor interessiert.
29.11.2017	Präsident Dscheenbekow hält sich zu seinem ersten Auslandsbesuch als Staatsoberhaupt auf Einladung Russlands in Moskau auf, wo er mit seinem Amtskollegen Putin zu einem Meinungsaustausch über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit und dem russischen Ministerpräsidenten Dmitrij Medwedjew vor allem über ökonomische Fragen zusammentrifft. Dscheenbekow erklärt, dass Russland auch weiterhin ein wichtiger Faktor der Außenpolitik seines Landes bleiben werde.
29.11.2017	Nach Angaben des Vorsitzenden der nationalen Energiegesellschaft, Aibek Kalijew, konnte eine Vereinbarung über Stromlieferungen nach Usbekistan im bevorstehenden Winter erreicht werden. Vorgesehen sind 500 Mio. KWh zum Preis von 2,4 US-Cent beginnend im Dezember. Möglich ist dies durch einen historischen Höchststand des Wasserspiegels des Toktogul-Stausees.
30.11.2017	Vor der Botschaft Kasachstans in Bischkek finden Protestdemonstrationen gegen einen am Vorabend vom kasachstanischen Fernsehsender Chabar ausgestrahlten Dokumentarfilm über die kirgisische Revolution im April 2010 statt, in dem der damals vertriebene Präsident Kurmanbek Bakijew versichert, dass die Zeit kommen werde, in der er nach Kirgistan zurückkehrt.
30.11.2017	Am Rande der Jubiläumssitzung des Rates für kollektive Sicherheit der CSTO in Minsk einigen sich Präsident Dscheenbekow und sein kasachstanischer Amtskollege Nursultan Nasarbajew bei bilateralen Gesprächen über die weitere Entwicklung der Beziehungen auf die Erarbeitung einer Roadmap zur Regulierung der aktuellen Probleme an den gemeinsamen Grenzübergängen.
30.11.2017	Das Oberste Gericht bestätigt die Entscheidungen der Vorinstanzen im Fall der drei Klagen gegen die Herausgeber von Zanoza (jetzt Kaktus.media) wegen Beleidigung der Ehre und Würde von Präsident Atambajew.
1.12.2017	Premier Isakow trifft am Rande der 16. Sitzung des Rates der Regierungschefs der SCO-Staaten im russischen Sotschi mit dem chinesischen Premier Li Keqiang zu Gesprächen insbesondere über den Eisenbahnbau und Fragen der ökonomischen und technischen Zusammenarbeit zusammen.
1.12.2017	Der am 23.11. von Noch-Präsident Atambajew entlassene Präsidentenberater Farid Nijasow wird in gleicher Funktion von Präsident Dscheenbekow ernannt.
1.12.2017	Eine Reihe der bei einem Referendum am 11.12.2016 von der Bevölkerung angenommenen Verfassungsänderungen, die u. a. eine Erweiterung der Kompetenzen von Regierung, Premier und Parlament betreffen, tritt in Kraft.
2.12.2017	Vize-Premier Tolkunbek Abdygulow und sein kasachstanischer Amtskollege Askar Mamin unterzeichnen in Astana die Roadmap über die bilaterale Zusammenarbeit, die insgesamt 50 Punkte zur Regelung aktueller Fragen enthält.
2.12.2017	Der kirgisische Dienst von RFE/RL meldet unter Berufung auf Angaben der kirgisischen Aljans Altyn, dass entgegen anderslautender Berichte die deutsche Firma Engineering Dobersek GmbH die neue goldverarbeitende Fabrik in Dscherui errichtet.
4.12.2017	Marat Muratalijew wird zum bevollmächtigten Vertreter der Regierung (Gouverneur) des Gebiets Talas ernannt.
5.12.2017	Nach Angaben des Ministers für Transport und Straßen, Jamschidbek Kalilow, bestehen keinerlei Warteschlangen an den Grenzübergängen zu Kasachstan mehr. Unmittelbar nach Unterzeichnung der Roadmap hatte der Zoll Kasachstans mit einer beschleunigten Abfertigung begonnen.

5.12.2017	Mehrere Medien berichten, dass der ehemalige Mufti Dschalilow bei einer polizeilichen Befragung bestritten hat, eine zweite Ehefrau zu haben, es handele sich um eine Geliebte. Seine Bekanntgabe einer zweiten Ehe auf YouTube in der Vorwoche hatte heftige gesellschaftliche Debatten und Ermittlungen der Staatsanwaltschaft ausgelöst.
5.12.2017	Vize-Premier Tolkunbek Abdygulow kündigt vor der Presse an, dass Kirgistan seine Beschwerden gegen Kasachstan bei der WTO und der Eurasischen Wirtschaftskommission zurückzieht.
5.12.2017	Nach Angaben aus dem Staatsdienst für Migration sind 80 % der ausländischen Inhaber einer Arbeitserlaubnis für Kirgistan chinesische Staatsbürger, gefolgt von Türken und Südkoreanern. In Kirgistan besteht eine Quote von höchstens 13.000 Arbeitsplätzen für ausländische Staatsbürger.
6.12.2017	Präsident Dscheenbekow fordert Innenminister Ulan Israilow bei einem Arbeitstreffen auf, die Polizei von korrupten Elementen zu säubern.
6.12.2017	Nach Angaben des Pressedienstes von UNODC ist die Zahl der in Kirgistan wegen Terrorismus und Extremismus Verurteilten seit 2010 um mehr als das Fünffache gestiegen (2010: 79, heute: 422).
6.12.2017	Der kirgisische Dienst von RFE/RL berichtet, dass in Min-Kusch (Gebiet Naryn) Ortsbewohner seit zwei Tagen aus Protest gegen den umweltzerstörenden Abbau von Kohle die Zufahrtsstraße zur örtlichen Kohlelagerstätte blockieren.
6.12.2017	In Dschalalabad demonstrieren Hunderte von Studenten gegen islamischen Extremismus.
6.12.2017	Eine Delegation von Parlamentariern nimmt im chinesischen Chongqing am Forum »Dialog der Kommunistischen Partei Chinas mit den Parteien der Welt« teil.
7.12.2017	Der traditionelle Pferdemannschaftssport Kok-boru wird in die UNESCO-Liste des immateriellen Kulturerbes der Menschheit aufgenommen.
7.12.2016	Nach den Ergebnissen einer vom Zentrum für Integrationsforschung der Eurasischen Entwicklungsbank und der Agentur Eurasian Monitor durchgeführten Meinungsumfrage, halten 87 % der befragten Bürger Kirgistans Russland für das ihrem Staat am freundschaftlichsten gegenüberstehende Land, gefolgt von Kasachstan (81 %) und Belarus (79 %).
8.12.2017	Auf der in Bischkek stattfindenden Sitzung des Rates der Parlamentarischen Versammlung der turksprachigen Staaten wird der Kirgise Altynbek Mamajasupow zu deren Generalsekretär gewählt.
9.12.2017	Der ehemalige Präsident Askar Akajew wird bei einem vom Kyrgyz Club Germany organisierten Berlinbesuch beschimpft und mit Eiern beworfen.
9.12.2017	Dem seit acht Jahren mit seiner Familie in Bischkek lebenden Journalisten Chris Rickleton wird auf dem Flughafen von Bischkek die Wiedereinreise nach Kirgistan verwehrt. Der britische Staatsbürger wird nach Angaben des Staatskomitees für nationale Sicherheit wegen Verletzung von Visabestimmungen nach Dubai abgeschoben.
11.12.2017	Das Staatskomitee für nationale Sicherheit meldet die Verhaftung eines aus Syrien zurückgekehrten IS-Kämpfers wegen des Verdachts der Bildung einer Untergrundorganisation und Rekrutierung neuer Kämpfer.
11.12.2017	Präsident Dscheenbekow entlässt Almasbek Usenow aus dem Amt des Leiters der Präsidentenadministration und ernennt Farid Nijasow zu seinem Nachfolger. Asylbek Kojdschbekow wird an Nijasows Stelle Berater des Präsidenten.
11.12.2017	Der Mufti Kirgistans, Maksat Toktomuschew, spricht in einer Erklärung seinen Amtsvorgeher Dschalilow frei von jeder Schuld vor Gott und warnt die Muslime des Landes vor vorschnellen Urteilen in den sozialen Netzwerken.
11.12.2017	Ex-Präsidentin Otunbajewa erklärt nach einem Gefängnisbesuch bei dem Ata-Meken-Politiker Tekebajew, dass dieser sich in guter Verfassung befinde und voller Optimismus in die Zukunft blicke.
11.12.2017	Der bisherige Vorsitzende der Nationalbank, Kubanytschbek Kulmatow, wird zum Chef des staatlichen Zolldienstes ernannt. Er hatte dieses Amt bereits von 2010–2013 inne.
12.12.2017	Die Regierungsarbeitsgruppen Kirgistans und Usbekistans zur Demarkation und Delimitierung der gemeinsamen Grenze beenden in Taschkent eine viertägige Sitzung.
12.12.2017	Der Pressedienst des Innenministeriums teilt mit, dass am 30.11.2017 ein chinesischer Staatsbürger unter dem Verdacht der Anwerbung von Kämpfern für den Syrienkrieg verhaftet wurde. Gleichzeitig wird die Festnahme von sieben Personen unter dem Verdacht der Zugehörigkeit zu der verbotenen islamistischen Organisation Hizb ut-Tahrir gemeldet.

13.12.2017	Premier Isakow unterzeichnet eine Verordnung, mit der vier in der Sowjetzeit der Usbekischen SSR gehörende Ferienheime am Issyk-Kul an Usbekistan übergeben werden. Zur Klärung der seit 1992 zwischen beiden Staaten umstrittenen Besitzverhältnisse an den Heimen hatte Usbekistan bereits internationale Gerichte angerufen.
13.12.2017	Präsident Dscheenbekow trifft während seines zweitägigen Taschkentbesuches mit seinem usbekischen Amtskollegen Schawkat Mirsijojew, Premier Abdulla Aripow und Parlamentssprecher Nigmatulla Juldaschew zu Gesprächen zusammen. Während eines gleichzeitig stattfindenden usbekisch-kirgisischen Business-Forums werden Verträge in Höhe von 140 Mio. US-Dollar unterzeichnet.
14.12.2017	Ein Moskauer Militärgericht verurteilt einen aus Osch stammenden kirgisischen Staatsbürger wegen Anwerbung von Kämpfern für den IS unter zentralasiatischen Arbeitsmigranten zu fünf Jahren Strafkolonie. Der Mann soll in Verbindung mit den Attentätern auf die Petersburger Metro im April 2017 gestanden haben.
14.12.2017	Vor der Botschaft von Belarus in Bischkek fordern Demonstranten vom weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko die Auslieferung von Danijar Usenow. Der ehemalige kirgisische Premierminister war im Zusammenhang mit der Aprilrevolution 2010 in Abwesenheit zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Erst vor kurzem hatten mehrere Medien berichtet, dass er unter dem Namen Danil Urizkij in Belarus lebe.
14.12.2017	Dem in Petersburg lebenden Vater der des Terroranschlages in der Petersburger Metro am 3.4.2017 verdächtigen Brüder Abror und Akram Asimow, Achral Asimow, wird die russische Staatsbürgerschaft aberkannt, er muss damit Russland Richtung Kirgistan verlassen.
15.12.2017	Premier Isakow und der stellvertretende russische Regierungschef Arkadij Dworkowitsch stimmen bei einem Treffen in Bischkek darin überein, dass die kirgisisch-russischen Beziehungen in den letzten Jahren ein qualitativ neues Niveau erreicht und strategischen Charakter haben.
15.12.2017	Ein Gericht im russischen Astrachan beschließt die Abschiebung einer kirgisischen Staatsbürgerin, die im Frühjahr 2016 an der Grenze zu Kasachstan verhaftet worden war, weil sie in Syrien verletzte IS-Terroristen gepflegt haben soll.

Tadschikistan

18.11.2017	Asia-Plus berichtet, dass die Zahl der kleinwüchsigen Kinder in Tadschikistan, ganz besonders im Gebiet Sogd, eine auffällig zunehmende Tendenz zeigt. Wurde die Wachstumsstörung 2015 im Gebiet Sogd noch bei 68 Kindern diagnostiziert, waren es 2016 bereits 75. Über die Ursachen liegen nur Vermutungen vor.
19.11.2017	Der Pressedienst des Zentralen Militärkreises meldet den erfolgreichen Test einer Iskander-M-Rakete, die im Rahmen der CSTO-Manöver auf dem Truppenübungsgelände Ljaur nahe Duschanbe abgeschossen wurde und 130 km entfernt auf dem Truppenübungsgelände Charbmajdon (Gebiet Chatlon) nahe der afghanischen Grenze niederging.
19.11.2017	Das Komitee für Fernsehen und Radio verpflichtet alle Rundfunksender des Landes, Lesungen aus den Werken von Präsident Emomali Rachmon zu übertragen.
20.11.2017	Die nationale usbekische Fluglinie Uzbekistan Airways senkt zum wiederholten Mal die Preise für die im Frühjahr nach großen Schwierigkeiten neu eingerichtete Verbindung Taschkent–Duschanbe. Ein Rückflugticket kostet nun ca. 130 Euro, 25 % weniger als zuvor.
20.11.2017	Asia-Plus berichtet, dass einige Tage zuvor die stellvertretenden Außenminister Tadschikistans und Usbekistans, Abdurachmon Alamschosoda und Dawron Nasarmuchamedow, bei einem Treffen in Duschanbe Fragen der regionalen Sicherheit erörtert haben.
21.11.2017	Der tadschikische Dienst von RFE/RL berichtet unter Berufung auf den Pressedienst des Innenministeriums, dass der ehemalige Offizier beim Generalstab des russischen Verteidigungsministeriums Denis Chisamow, der verdächtig wird, für den IS gekämpft zu haben, in der Vorwoche an Russland ausgeliefert wurde.
22.11.2017	Der tadschikische Dienst von RFE/RL meldet unter Berufung auf Verwandte von Said Kijomiddin Gosi, dass der in den 90er Jahren in Tadschikistan prominente Geistliche während einer Zwischenlandung in Sankt Petersburg auf dem Flug von Istanbul nach Chudschand spurlos verschwunden sei.
22.11.2017	Ein Gericht im Gebiet Chatolon verurteilt einen 21jährigen Bewohner des Bezirks Wachschi zu einer sechsjährigen Freiheitsstrafe wegen Propaganda für den IS in den sozialen Netzwerken.
23.11.2017	Innenminister Ramason Rachimsoda und die Leiterin des OSZE-Programmbüros in Tadschikistan, Tuula Yrjölä, erörtern bei einem Treffen in Duschanbe Möglichkeiten einer Intensivierung der Zusammenarbeit im Bereich der Polizeireform.

23.11.2017	Der Chef des tadschikischen Interpolbüros, Abdugaffor Asisow, hat nach Angaben von Asia-Plus in einem Interview mitgeteilt, dass sechs mit internationalem Haftbefehl gesuchte aktive Mitglieder der in Tadschikistan seit 2015 verbotenen Partei der Islamischen Wiedergeburt (PIWT) aus europäischen Staaten an Tadschikistan ausgeliefert wurden; Asisow nannte aber weder die Staaten noch die Namen der Betroffenen.
24.11.2017	Trotz eines Verbotsurteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte beschließt das Oberste Gericht der RF die Ausweisung des tadschikischen Staatsbürgers Chursched Odinjaew.
24.11.2017	Der Sekretär des Sicherheitsrates Tadschikistans, Abdurachim Kachcharow, und sein russischer Amtskollege, Nikolaj Patruschew, erörtern bei einem Gespräch in Moskau Fragen der Zusammenarbeit der Sicherheitskräfte beider Staaten.
24.11.2017	Der Sprecher des iranischen Parlamentes, Ali Laridschani, spricht sich am Rande der 10. Plenarsitzung der Asiatischen Parlamentarischen Versammlung in Istanbul für verstärkte Investitionen in den Bereich der Lieferung iranischen Gases nach Tadschikistan aus; dies könne ein Wendepunkt in den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen sein.
27.11.2017	Ein Gericht der Stadt Chudschand (Gebiet Sogd) verurteilt den in Tadschikistan bekannten Herzchirurgen Abdumalik Salomow wegen Verbindungen zu der verbotenen extremistischen Bewegung der Salafiten zu einer Freiheitsstrafe von fünfzehn Jahren.
28.11.2017	Der Pressedienst des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung teilt mit, dass die deutsche Regierung in den Jahren 2017–2018 im Rahmen der bilateralen technischen und finanziellen Zusammenarbeit Tadschikistan 33,5 Mio. Euro für soziale Projekte, den Kampf gegen TB u. v. a. bereitstellt.
28.11.2017	Der tadschikische Dienst von RFE/RL berichtet, dass Saidibrochim Nasar, ehemaliger Berater der seit Herbst 2015 verbotenen PIWT, nach zweijährigem Exil in Iran nach Tadschikistan zurückgekehrt ist, ohne bislang Druck ausgesetzt zu sein.
28.11.2017	Asia-Plus berichtet, dass der Dramaturg Abdugaffor Abdudschabbor ein Theaterstück über Präsident Rachmon mit dem Titel Nasarkarda (Der Auserwählte) geschrieben hat, das mit einer Auflage von 1.000 Stück veröffentlicht wurde.
28.11.2017	Nachdem Präsident Rachmon bei einer Sitzung der Regierung seine Unzufriedenheit mit der Kontrolle der Qualität von Nahrungsmitteln zum Ausdruck gebracht hat, werden die Chefs der zuständigen staatlichen Agentur und Staatsdienste entlassen. Die Vorsitzenden des Zoll- und Steuerkomitees werden wegen nachlässiger Erfüllung ihrer Aufgaben gerügt.
29.11.2017	Die US-Botschaft in Duschanbe teilt mit, dass Deputy Commander of U.S. Army Central Command Major General Terrence McKenrick während seines Tadschikistanbesuches mit Vertretern des Verteidigungs- und Innenministeriums allgemeine Sicherheitsfragen erörtert und eine weitere Zusammenarbeit zugesichert habe.
29.11.2017	Ein Gericht in Athen beschließt, dass das am 9.10.2017 aufgrund einer Interpolfahndung auf dem Flughafen der Stadt verhaftete Führungsmitglied der PIWT, Mirsorachim Kusow (Schochnaimi Karima), nicht nach Tadschikistan ausgeliefert werden darf.
30.11.2017	Am Rande des Treffens der SCO-Regierungschefs im russischen Sotschi erörtert Premier Kohir Rasulsoda mit seinem chinesischen Amtskollegen Ki Keqiang Fragen der Realisierung der Belt and Road Initiative.
30.11.2017	Ein Stadtgericht in Moskau beschließt die Deportation des Vorsitzenden der Föderation der Migranten der GUS, Karomat Scharipow, nach Tadschikistan, weil er seinen russischen Pass unrechtmäßig erhalten habe.
30.11.2017	Die Nachrichtenagentur TadschikTA berichtet, dass Präsident Rachmon die CSTO während der Sitzung des Rates für gemeinsame Sicherheit der Organisation in Minsk um Hilfe bei der Sicherung der tadschikisch-afghanischen Grenze gebeten habe.
1.12.2017	Der weißrussische Präsident Aleksandr Lukaschenko schlägt bei einem Treffen in Minsk Präsident Rachmon eine gemeinsame Erschließung des Marktes Afghanistans vor.
1.12.2017	Das Komitee für die Entwicklung des Tourismus schaltet das neue Tourismusportal des Landes frei (< http://traveltajikistan.tj/ >).
3.12.2017	Bei einem Schusswechsel zwischen tadschikischen Grenzern und afghanischen Drogenschmugglern an der Grenze zu Afghanistan im Bezirk Schamsiddin Schochin (Gebiet Chatlon) kommt der Kommandeur des Grenzabschnitts ums Leben, vier Soldaten werden verletzt. Das Staatskomitee für nationale Sicherheit entsendet zusätzliche Truppen in den Bezirk.

4.12.2017	Auf Regierungsbeschluss dürfen ab sofort nur noch vom Kommunikationsdienst lizenzierte Büros der Mobilfunkfirmen SIM-Karten verkaufen. Zuvor waren am 1.12. alle Verkaufsstellen für SIM-Karten landesweit geschlossen und die in den privaten Verkaufsstellen vorrätigen Karten von Sicherheitskräften beschlagnahmt worden.
4.12.2017	Nach Angaben des Innenministeriums handelte es sich bei der Explosion in einem Gebäude einer Abteilung des Ministeriums in Kurgan-Tjube am 1.12., bei der ein Mitarbeiter getötet worden war, nicht um einen Anschlag, sondern einen Unglücksfall. Der Betroffene war mit der Registrierung von zum Teil noch aus dem Bürgerkrieg stammender Munition beschäftigt.
4.12.2017	Ein Gericht im Bezirk Dschabborasul (Gebiet Sogd) verurteilt den Chefredakteur der privaten Wochenzeitung Chukuk (Recht), Ojbek Alijew, wegen Betrugs und Erpressung zu acht Jahren und zehn Monaten Freiheitsentzug, seinen Vater Tuosunali Alijew zu sechs Jahren, die wegen seines Alters verkürzt und auf Bewährung ausgesetzt werden. Lokale Journalistenorganisationen waren nicht zur Verteidigung der beiden bereits 2014 wegen ähnlicher Delikte Verurteilten bereit.
5.12.2017	Ein Gericht in Pendschikent (Gebiet Sogd) verurteilt einen 31jährigen Bewohner der Stadt zu einer Freiheitsstrafe von fünfeinhalb Jahren wegen Mitgliedschaft bei den Salafiten.
5.12.2017	Nach den Angaben im neuesten FAO-Bericht über die Ernährungssicherheit in Europa und Asien nimmt Tadschikistan mit 2,6 Mio. ernährungsunsicheren Bürgern = 30 % der Bevölkerung, einen hinteren Rang ein.
5.12.2017	(Exil)oppositionelle Websites melden, dass der Unternehmer und ehemalige Industrieminister Said Saidow, der 2013 zu einer 26jährigen Haftstrafe verurteilt worden war, ständig gefoltert werde und in Lebensgefahr sei. Saidow war wegen Vergewaltigung, Polygamie und Korruption verurteilt worden nachdem er die Gründung einer neuen oppositionellen Partei angekündigt hatte. Ein Vertreter der zuständigen Gefängnisverwaltung bezeichnet die Meldungen als unbegründet.
6.12.2017	Nach Angaben des neuesten Integrationsbarometers der Eurasischen Entwicklungsbank (EABD), ist das Interesse der Bevölkerung Tadschikistans an einem EEU-Beitritt gesunken. Während sich 2012 noch 76 % der Befragten für einen Beitritt aussprachen, waren es 2017 nur noch 69 %.
6.12.2017	Nach Angaben der Agentur für Drogenkontrolle wurden im Rahmen der Aktion Kuknor-2017 (Mohn-2017) zwischen 20.5. und 30.11.2017 ca. 3,3 t Drogen beschlagnahmt.
7.12.2017	Die untere Kammer des Parlaments verabschiedet Änderungen im Gesetz über Gewissensfreiheit und religiöse Vereinigungen, mit denen die Gründung religiöser Parteien ausdrücklich verboten wird, eine religiöse Ausbildung darf nur noch in staatlichen Lehranstalten stattfinden.
7.12.2017	Die Aluminiumproduktion bei TALCO, dem größten Industriebetrieb Tadschikistans, ist zwischen Januar und Oktober 2017 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 23 % auf 85.600 t zurückgegangen, die Einnahmen aus dem Export sanken um 2,8 % auf 188 Mio. US-Dollar.
8.12.2017	Asia-Plus meldet, dass in den letzten Tagen in der Türkei mehrere Personen zentralasiatischer Herkunft, darunter zehn tadschikische Staatsbürger, unter Terrorismusverdacht verhaftet wurden. Es soll sich um Rückkehrer aus Syrien handeln, wo sie für den IS gekämpft haben sollen.
8.12.2017	Erst jetzt wird bekannt, dass Chajrullo Mirsaidow, Journalist und Führer der beliebten Comedian-Truppe »Auswahl Tadschikistans«, die am schon seit Sowjetzeiten u. a. wegen seines politischen Humors beliebten Kabarett-Wettbewerb KWN (Klub der Lustigen und Findigen) teilnimmt, am 5.12. wegen des Verdachts von Unterschlagung, Anstiftung zu Hass, Dokumentenfälschung und Falschaussage verhaftet wurde. Nach Angaben von Verwandten hatte sich Mirsaidow im November an Präsident Rachmon und weitere staatliche Würdenträger gewandt, weil mehrere lokale Beamte einen 1.000 US-Dollar Anteil aus dem Budget seines Teams für die KWN-Teilnahme in Moskau gefordert hatten.
8.12.2017	Außenminister Sirodschiddin Aslow klagt auf der 24. Sitzung des Rates der Außenminister der OSZE-Staaten in Wien Doppelstandards der Gemeinschaft in Bezug auf Fragen des Kampfes gegen Terrorismus und Extremismus in Tadschikistan an. Die OSZE gebe Terroristen und kriminellen Elementen aus Tadschikistan eine öffentliche Bühne.
9.12.2017	CA-News meldet, dass auf dem Flughafen von Sankt Petersburg ein tadschikischer Staatsbürger unter dem Verdacht der Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation verhaftet wurde. Er soll sich auf dem Weg in die Türkei befunden haben, von wo aus er nach Afghanistan gehen und sich dem IS anschließen wollte.
10.12.2017	In einem neuen Bericht der OECD, der einige Tage zuvor in Duschanbe vorgestellt wurde, wird Korruption neben Armut als das grundlegende Problem Tadschikistans genannt. Die bisherigen Maßnahmen der Regierung hätten zu keiner Verbesserung für die Bürger geführt.

10.12.2017	Präsident Rachmon wird in Amman vom jordanischen König Abdullah II. zu Gesprächen über Möglichkeiten der Intensivierung der bilateralen Beziehungen sowie aktuelle regionale und internationale Entwicklungen empfangen. Rachmon trifft auch mit Premier Hani Al-Mulki zusammen.
11.12.2017	Der Chef des Unternehmens Olilmi Karimsod und Besitzer der Textilfabrik Olim Textiles, Dschamsched Abdulow, wurde laut Meldung des tadschikischen Dienstes von RFE/RL festgenommen. Dem Oligarchen wird vorgeworfen, einen 15 Mio. Kredit der Todschprombank nicht zurückgezahlt zu haben.
11.12.2017	Der tadschikische Dienst von RFE/RL meldet unter Berufung auf tadschikische Sicherheitskräfte, dass Afghanistan drei Terrorverdächtige nach Tadschikistan abgeschoben habe. Sie sollen versucht haben, sich in Afghanistan dem IS anzuschließen.
11.12.2017	Durch die vom Kommunikationsdienst von Mobilfunkbetreibern und Internet Providern geforderte Abschaltung des Next Generation Network verlieren Zehntausende von Arbeitsmigranten die Möglichkeit, nahezu kostenlos in Verbindung mit ihren in Tadschikistan lebenden Angehörigen zu bleiben.
12.12.2017	Der Rat zur Entwicklung der Bürgergesellschaft und für Menschenrechte beim Präsidenten der RF appelliert an die Staatsanwaltschaft des Gebietes Moskau, die Gesetzmäßigkeit der Ausweisung von Karomat Scharipow zu überprüfen. Der Vorsitzende der Föderation der Migranten der GUS wird am Abend dennoch nach Tadschikistan abgeschoben.
12.12.2017	Präsident Rachmon nimmt eine große Zahl von Umbesetzungen in Gerichten und Organen des Innenministeriums im ganzen Land vor.
12.12.2017	Ein Moskauer Gericht verurteilt fünf tadschikische Staatsbürger im Zusammenhang mit der Massenschlägerei zwischen zentralasiatischen Arbeitsmigranten auf der einen und russischen Nationalisten sowie tschechenischen Arbeitern auf der anderen Seite auf dem Moskauer Chowanskij Friedhof im Mai 2016 zu drei Jahren Strafkolonie.
12.12.2017	Der tadschikische Dienst von RFE/RL meldet, dass ein Gericht in Duschanbe in der Vorwoche einen französischen Staatsbürger wegen des Versuches, illegal die Grenze nach Afghanistan zu überqueren und sich dem IS anzuschließen, zu einer fünfjährigen Freiheitsstrafe verurteilt hat.
12.12.2017	Bei einem bilateralen Gespräch am Rande des OIC-Gipfels in Istanbul erörtert Premierminister Kochir Rasulsoda mit seinem türkischen Amtskollegen Binali Yildirim insbesondere Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in der Textilindustrie, Wasserenergie und Förderung von Bodenschätzen.
13.12.2017	Nach einer nächtlichen Massenschlägerei zwischen tadschikischen und usbekischen Arbeitsmigranten werden im Südwesten Moskaus 12 Staatsangehörige beider Staaten verhaftet.
14.12.2017	Ein Grenzübergang und fünf Brücken über den Pjandsch an der Grenze zu Afghanistan im Gebiet Chatlon und dem Autonomen Gebiet Berg-Badachschan (GBO) wurden nach Angaben der örtlichen Verwaltung aus Sicherheitsgründen geschlossen. Nach Angaben eines Sprechers des Staatlichen Komitees für nationale Sicherheit gibt es keinen offiziellen diesbezüglichen Beschluss.
14.12.2017	Das Committee to Protect Journalists fordert die Freilassung von Chajrullo Mirsaidow. Zuvor waren HRW und das Norwegische Helsinki-Komitee bereits mit der gleichen Forderung an die Öffentlichkeit getreten. Die Staatsanwaltschaft teilt unterdessen mit, dass ein Strafverfahren gegen den Führer der KWN-Mannschaft »Auswahl Tadschikistans« eröffnet wurde, weil keine Beweise für die von ihm behaupteten Schmiergeldforderungen von Beamten des Gebiets Sogd zu finden waren.
15.12.2017	Nach Angaben der russischen Zentralbank betrug die Summe der Rücküberweisungen nach Tadschikistan im 3. Quartal 2017 1,663 Mrd. US-Dollar und damit 231 Mio. US-Dollar mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.
15.12.2017	Der ehemalige Bildungsminister und jetzige Berater Präsident Rachmons, Abduschabbor Rachmonsoda, wurde zum Vorsitzenden des Rates für humanitäre Zusammenarbeit der GUS gewählt, meldet die Website der Gemeinschaft.
15.12.2017	Asia-Plus berichtet, dass der mit mehreren Urteilen zu einer insgesamt 28jährigen Freiheitsstrafe verurteilte ehemalige Anwalt von PIWT-Mitgliedern Busurgmechr Jorow aus einer Haftanstalt in eine Strafkolonie überführt wurde.
15.12.2017	Der Vorstand der Weltbank bewilligt weitere 15 Mio. US-Dollar für ein Projekt zur Kommerzialisierung der tadschikischen Landwirtschaft.

Turkmenistan

18.11.2017	Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow spricht sich im Rahmen einer erweiterten Kabinettsitzung für die Entwicklung des Hochgeschwindigkeitsinternets in Turkmenistan aus.
21.11.2017	In Aschchabad finden turkmenisch-französische Regierungskonsultationen statt, die auf französischer Seite vom Generalsekretär des Ministeriums für Europa- und Auslandsangelegenheiten, Maurice Goudault-Montagne, geleitet werden.
23.11.2017	Eine russische Regierungsdelegation trifft zu einem groß angelegten turkmenisch-russischen Wirtschaftsforum in Aschchabad ein.
23.11.2017	Nach einem Bericht des turkmenischen Dienstes von RFE/RL wurden zur diesjährigen Baumwollernte in großer Zahl Staatsangestellte wie Lehrer und Ärzte sowie Soldaten herangezogen.
27.11.2017	Das exiloppositionelle Nachrichtenportal Alternatiwnye Nowosti Turkmenistana (ANT) meldet, dass in der vergangenen Woche ohne Angabe von Gründen landesweit die Sicherheitsvorkehrungen verschärft wurden.
27.11.2017	Ein namentlich nicht genannter ehemaliger langjähriger Mitarbeiter der Sicherheitsorgane erklärt gegenüber ANT, dass in der turkmenischen Polizei ein Zustand totaler Korruption herrsche.
28.11.2017	Das turkmenische Parlament beschließt die Umbenennung mehrerer nach Ex-Präsident Saparmurat Nijasow, seinen Verwandten oder seiner Ideologie benannter Siedlungen. Zudem legt es als gemeinsamen Wahltermin für Parlaments- und Lokalwahlen den 25.3.2018 fest.
29.11.2017	Präsident Berdymuchammedow empfängt OSZE-Generalsekretär Thomas Greminger in Aschchabad zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit. Greminger trifft zudem mit Parlamentsabgeordneten zusammen.
30.11.2017	Präsident Berdymuchammedow gibt im Rahmen eines Arbeitsbesuchs im Gebiet Mary den Startschuss für den Bau einer grenzüberschreitenden Eisenbahnstrecke in die afghanische Provinz Herat.
1.12.2017	Es wird bekannt, dass eine seit kurzem bestehende Starbuck's-Filiale im Zentrum von Aschchabad wieder geschlossen wurde, nachdem sich herausgestellt hatte, dass sie keinerlei Beziehung zu der großen US-amerikanischen Cafe-Kette gleichen Namens hatte.
4.12.2017	Chronika Turkmenistana meldet, dass die turkmenische Regierung beabsichtigt, die Zahl von Staatsbeschäftigten in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben zum Jahresbeginn 2018 um 30 % zu reduzieren. Schulen sollen von den Kürzungen ausgeschlossen bleiben.
5.12.2017	Der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärt in einer Stellungnahme angesichts der bevorstehenden Unterzeichnung der Konvention zum rechtlichen Status des Kaspischen Meeres, dass sich Turkmenistan und Iran nach 20jährigen Verhandlungen über die Aufteilung ihres Anteils am größten See der Erde geeinigt hätten.
6.12.2017	Auf dem Schwarzmarkt fällt der Kurs des Manat zum US-Dollar erneut massiv auf 10,2 – 10,4:1. Im November lag er zuletzt bei 7,6:1.
6.12.2017	Der turkmenische Dienst von RFE/RL meldet, dass das Kreditkartenunternehmen VISA die Einstellung seiner Zusammenarbeit mit turkmenischen Banken angekündigt hat.
6.12.2017	Die turkmenische Führung hat sich nach iranischen Angaben bereit erklärt, den Streit um die seit fast einem Jahr unterbrochenen turkmenischen Gaslieferungen in den Iran vor einem Schlichtungsgericht verhandeln zu lassen. Bilaterale Verhandlungen beider Staaten waren ergebnislos verlaufen.
7.12.2017	Nach Angaben von HRW wurde die Tierschützerin Galina Kutscherenko, die zuletzt gegen den besorgniserregenden Umgang der Behörden mit Straßenhunden in Aschchabad protestiert hatte, gemeinsam mit ihrer Tochter in der turkmenischen Hauptstadt von Sicherheitskräften in Zivil festgenommen.
8.12.2017	Präsident Berdymuchammedow entlässt im Rahmen einer erweiterten Kabinettsitzung die Minister für Eisenbahn, Landwirtschaft und Wasserressourcen, Arbeit und soziale Sicherung sowie Industrie, Derjaguly Bjaschimow, Nursached Sapardurdyjew, Seijitmammed Akmammedow und Amanberdy Tujlijew. Mehrere andere Minister werden scharf verwarnt. Zudem beauftragt Berdymuchammedow die verantwortlichen Ministerien mit der Einsetzung einer Kommission für Lebensmittelsicherheit.
9.12.2017	Das Kreditkartenunternehmen VISA weist Berichte über die Beendigung der Zusammenarbeit mit turkmenischen Banken als Falschmeldung zurück.
9.12.2017	Der russische Außenminister Lawrow bekräftigt bei einer Pressekonferenz am Rande des OSZE-Außenministertreffens in Wien, dass sich die russische Regierung wie bisher um die Belange russisch-turkmenischer Doppelstaatler in Turkmenistan einsetzen werde.

9.12.2017	Zum Tag der Neutralität erhalten auf Dekret von Präsident Berdymuchammedow 1.690 in Turkmenistan lebende Staatenlose einen turkmenischen Pass, zudem werden rund 700 Häftlinge begnadigt.
12.12.2017	Außenminister Raschid Meredow hebt bei einem Treffen mit dem stellvertretenden russischen Außenminister Aleksandr Pankin die Bedeutung der strategischen Partnerschaft beider Staaten hervor.
12.12.2017	Die Tierschützerin Galina Kutscherenko wird zu 15 Tagen Haft verurteilt.

Usbekistan

20.11.2017	Die nationale usbekische Fluglinie Uzbekistan Airways senkt zum wiederholten Mal die Preise für die im Frühjahr unter großen Schwierigkeiten neu eingerichtete Verbindung Taschkent–Duschanbe. Ein Rückflugticket kostet nun ca. 130 Euro, 25 % weniger als zuvor.
20.11.2017	Die russische Nachrichtenagentur Interfax berichtet, dass Russland seine Erdölprobelieferungen über die Pipeline Omsk–Pawlodar–Tschimkent und dann per Eisenbahn nach Usbekistan am 17.11. aufgenommen hat. Laut Memorandum zwischen den Energieministerien beider Staaten vom April 2017 wird Russland 500.000 t Öl nach Usbekistan liefern.
20.11.2017	Präsident Mirsijojew unterzeichnet einen Erlass, mit dem Löhne, Pensionen und Stipendien am 1.12. um durchschnittlich 15 % erhöht werden. Der Mindestlohn wird dann 172.240 Sum (21,3 US-Dollar) monatlich betragen.
20.11.2017	Mit Ukas Präsident Mirsijojews wird ein Staatskomitee für Militärindustrie neu gegründet, dem drei im Rüstungsbereich tätige Staatsunternehmen angehören sollen.
20.11.2017	Im jährlich vom Institute of Economics and Peace herausgegebenen Global Terrorism Index erscheint Usbekistan unter den Staaten mit dem geringsten Einfluss von Terrorismus und verbessert seinen globalen Rang gegenüber dem Vorjahr von Platz 117 auf 125 (von 163).
21.11.2017	Der usbekischstämmige Journalist Ali Ferus (Chudoberdi Nurmatow) wird vom einem Moskauer Gericht wegen Arbeitens ohne Arbeitserlaubnis zur Zahlung einer Strafe von 5.000 Rubeln und Abschiebung nach Usbekistan verurteilt. Der Strafvollzug wird aber bis zum Ende der Untersuchungen der Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ausgesetzt.
22.11.2017	Nach Angaben auf der Website des Staatskomitees für Statistik sind die Verbraucherpreise für Waren und Dienstleistungen in den ersten zehn Monaten des Jahres 2017 um 9,3 % gestiegen.
22.11.2017	Präsident Mirsijojew trifft während seines Staatsbesuches in Südkorea mit seinem Amtskollegen Moon Jae-in zu Gesprächen zusammen. Es werden Wirtschaftsverträge im Wert von 10 Mrd. US-Dollar abgeschlossen, davon 4,5 Mrd. US-Dollar Direktinvestitionen.
22.11.2017	Außenminister Abdulasis Kamilow empfängt eine Delegation des US-Repräsentantenhauses unter Führung von Trent Kelly zu Gesprächen über das zwischenstaatliche Verhältnis wie auch die interparlamentarische Zusammenarbeit.
24.11.2017	Premierminister Abdulla Aripow empfängt den stellvertretenden kasachstanischen Premier Askar Mamin zu Gesprächen über Stand und weitere Intensivierung der Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Militär und Logistik.
27.11.2017	Der usbekische Dienst von RFE/RL berichtet, dass bei großangelegten Anti-Terror-Kontrollen in Cafes eines Stadtteils von Taschkent Hunderte von Menschen wegen fehlender Registrierung in der Hauptstadt oder Prostitution verhaftet wurden.
27.11.2017	Präsident Mirsijojew unterzeichnet eine Verordnung über die Durchführung großer Feierlichkeiten anlässlich des 80. Geburtstages des 2015 verstorbenen Präsidenten Islam Karimow am 30.1.2018 wegen seiner gewaltigen historischen Verdienste für Usbekistan.
27.11.2017	Die Zahl der Vizepremierminister wird mit Erlass Präsident Mirsijojew um zwei von sechs auf acht erhöht und die Kompetenzen neu verteilt.
28.11.2017	Die Massenmedien melden, dass die Zentralbank seit 24.11. erlaubt, dass usbekische Staatsbürger Einnahmen aus Dividenden in ausländischen Währungen haben. Privatunternehmer dürfen nun importierte Waren von Devisenkonten bezahlen.
28.11.2017	Der Vorstand der Asian Development Bank (ADB) bewilligt ein Darlehen von 45 Mio. US-Dollar zur Verbesserung der medizinischen Erstversorgung in ländlichen Gebieten Usbekistans.

28.11.2017	Der aus Usbekistan stammende Saifullo Saipow, der am 31.10. in New York acht Menschen mit einem LKW getötet und 12 verletzt haben soll, plädiert bei einer Anhörung vor einem US-Bezirksgericht in Manhattan auf nicht schuldig. Die Staatsanwaltschaft legt ihm 22 Anklagepunkte zur Last, darunter Mord und Unterstützung einer ausländischen terroristischen Vereinigung.
28.11.2017	Dschamschid Chodschajew wird von Präsident Mirsijojew zum Minister für Außenhandel ernannt.
28.11.2017	Präsident Mirsijojew unterzeichnet eine Verordnung über die Neustrukturierung des Baumwollsektors. Die Gesellschaften Uzpakhtasanoat und Uzpakhekспорт werden vereinigt zur AO Uspakhtasanoat (Usbekische Baumwollindustrie), Uspakhtasanoateкспорт aufgelöst.
28.11.2017	Der wegen seiner drastischen Kommentare in den sozialen Netzwerken bekannte Imam der Taschkenter Tintschilik-Moschee, Schermurad Togai, fordert in einem Post bei Facebook die Todesstrafe für Anhänger extremistischer Gruppierungen wie Hizb ut-Tahrir und IS.
29.11.2017	Mehrere Medien melden, dass Wirtschaftsministerin Galina Saidowa zurückgetreten ist. Nachfolger wird der bisherige Finanzminister Batyr Chodschajew.
29.11.2017	Mit Ukas von Präsident Mirsijojew wird ein Ministerium für innovative Entwicklung neu gegründet.
29.11.2017	Der erste Direktflug auf der Verbindung Kabul–Taschkent findet, durchgeführt von der afghanischen Kam Air und Uzbekistan Airways, statt.
30.11.2017	Tulkun Orifschanow, einer der Anwälte des wegen des Verdachts des versuchten Umsturzes der verfassungsmäßigen Ordnung verhafteten Journalisten Bobomurod Abdullajew, legt aus gesundheitlichen Gründen sein Mandat nieder. Orifschanow konnte als bisher einziger Anwalt Abdullajews am 14.11. mit seinem Mandanten zusammentreffen.
30.11.2017	Präsident Mirsijojew unterzeichnet einen Erlass, der die Verwendung von durch Folter zustande gekommenen Aussagen vor Gericht verbietet.
30.11.2017	Am Rande der 16. Sitzung des Rates der Regierungschefs der SCO-Staaten in Sotschi treffen Premierminister Aripow und sein chinesischer Amtskollege Li Keqiang zu Gesprächen über das bilaterale Verhältnis zusammen.
30.11.2017	Die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti meldet, dass Usbekistan während des Besuchs der russischen Premiers Dmitrij Medwedjew in Usbekistan Anfang November mit dem russischen Rüstungsexporteur Rosoboroneкспорт einen Vertrag über den Kauf von 12 Kampfhubschraubern vom Typ Mi-35 geschlossen hat.
1.12.2017	RFE/RL berichtet, dass mit Jahresbeginn 2018 in Usbekistan ein neues System der Bestrafung und Beförderung bei den Sicherheitskräften eingeführt wird, bis zu 50 % des Gehaltes werden dann auf der Basis vierteljährlicher Beurteilungen leistungsbezogen gezahlt.
1.12.2017	Die 355 km lange neue Eisenbahnstrecke Buchara–Miskin (Karakalpakstan) wird feierlich in Betrieb genommen, durch sie verkürzt sich die Verbindung Taschkent–Urgentsch (Gebiet Choresm) um 75 km.
4.12.2017	Gazeta.uz meldet, dass der 33jährige Komil Allamdschonow zum Pressesekretär Präsident Mirsijojews ernannt wurde, er ist zugleich stellvertretender Leiter des Exekutivrates des Präsidenten.
4.12.2017	In Mubarek (Gebiet Kaschkadarja) stirbt im Alter von 65 Jahren Murat Dschurajew, der im November 2015 schwerkrank nach 21 Jahren hinter Gittern freigelassen worden war. Der ehemalige Parlamentsabgeordnete war 1995 wegen des Versuchs, gemeinsam mit dem Führer der Oppositionspartei Erk, Muchammad Salih, eine gewaltsame Machtübernahme organisiert zu haben, zu 12 Jahren Haft verurteilt worden, die danach mehrfach verlängert wurde.
4.12.2017	In einem Interview mit der britischen Nachrichtenagentur Reuters kündigt der usbekischstämmige russische Milliardär Alischer Usmanow an, dass er die Wirtschaft Usbekistan, so stark er kann, unterstützen wolle.
5.12.2017	Präsident Mirsijojew empfängt seinen afghanischen Amtskollegen Aschraf Ghani zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit. Es werden 20 zwischenstaatliche Dokumente über die Intensivierung der Zusammenarbeit im politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Bereich unterzeichnet (u. a. über den Bau der Eisenbahnstrecke Masar-e Scharif–Herat) sowie mehr als 40 Exportverträge mit einem Wert von mehr als 500 Mio. US-Dollar.
5.12.2017	Steve Swerdlow erklärt im ersten Interview eines HRW-Mitarbeiters mit lokalen usbekischen Medien seit vielen Jahren, dass Präsident Mirsijojew eine Intensivierung der Tätigkeit der Menschenrechtsorganisation in Usbekistan unterstütze.
5.12.2017	Nach Angaben des Pressedienstes der Zentralbank können Konversionskarten, die den Tausch ausländischer Währungen in Sum und andersherum erlauben, nun unbegrenzt genutzt werden, bislang hatte es ein tägliches und monatliches Limit für Zahlungen im Ausland gegeben.

6.12.2017	Präsident Mirsijojew unterzeichnet anlässlich des 25. Jahrestages der Unterzeichnung der Verfassung eine Amnestie für 2.700 Verurteilte, darunter erstmals in der Geschichte des unabhängigen Usbekistan 956 Gefangene aus Strafkolonien.
6.12.2017	Präsident Mirsijojew unterzeichnet einen Ukas, nach dem ab 1.1.2018 bis zu 2.000 US-Dollar ohne Deklaration nach Usbekistan ein- und ausgeführt werden können.
7.12.2017	Die Initiativgruppe unabhängiger Menschenrechtler Usbekistans teilt mit, dass Kobuldschon Tulaschew aus der Haft entlassen wurde. Der ehemalige Strafverfolger im Gebiet Taschkent war 1998 wegen konstruierter Vorwürfe (Schmiergeldannahme, Machtanmaßung u. a.) zu 18 Jahren Haft verurteilt worden.
8.12.2017	Azon.uz meldet, dass seit 6.12. mit AzonFM das erste islamische Online-Radio Usbekistans im Testregime läuft.
9.12.2017	In einer Rede anlässlich des Tages des Landarbeiters kündigt Präsident Mirsijojew an, dass 2018 1,2 Mio. t Rohbaumwolle nicht exportiert, sondern in Usbekistan verarbeitet werden sollen. Das entspricht der gesamten durchschnittlichen jährlichen Baumwollernte des Landes.
9.12.2017	Die traditionelle usbekische Herstellung von Seidenstoffen wurde in die UNESCO-Liste des immateriellen Kulturerbes der Menschheit aufgenommen, meldet UN-Radio.
10.12.2017	Der Journalist Ali Ferus wendet sich mit einem offenen Brief an die Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE), in dem er darum bittet, der russischen Delegation wieder das Stimmrecht zu gewähren, das ihr 2014 entzogen worden war. Er sei bislang nur deshalb nicht nach Usbekistan deportiert worden, weil Russland die Forderungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte beachte, für den weiteren Dialog sei eine gleiche Behandlung erforderlich.
10.12.2017	In einer Rede anlässlich des 25. Jahrestages der Verfassung erwähnt Präsident Mirsijojew, dass es nicht leicht gewesen sei, einen Ukas gegen die Anwendung von Folter anzunehmen.
11.12.2017	Außenminister Kamilow nimmt an einem vom UN Regional Center for Preventive Diplomacy in Central Asia (UNRCCA) und der UN Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA) organisierten Treffen der Außenminister der zentralasiatischen Staaten und Afghanistans in Aschchabad teil.
12.12.2017	Die Regierungsarbeitsgruppen Usbekistans und Kirgistans zur Demarkation und Delimitierung der gemeinsamen Grenze beenden in Taschkent eine viertägige Sitzung.
12.12.2017	Der unabhängige Journalist Sid Janyschew wird während seiner Recherchen zum Thema Vertreibung von Bewohnern einer Mahalla wegen Errichtung des Neubaukomplexes Taschkent-City verhaftet und nach der Beschlagnahme seiner Materialien wieder freigelassen.
12.12.2017	Nadjeschda Atajewa von der Association for Human Rights in Central Asia (AHRCA) widerspricht der jüngsten Einschätzung von Experten der International Labour Organization (ILO), dass in Usbekistan keine Kinder in der Baumwollernte mehr eingesetzt und Maßnahmen auch zur Beendigung jeder anderen Zwangsarbeit ergriffen würden.
12.12.2017	Nach Angaben des usbekischen Dienstes von RFE/RL sind die Preise für viele Grundnahrungsmittel in den letzten dreißig Tagen im ganzen Land erheblich (zwischen 20–70 %) gestiegen.
12.12.2017	Die ILO-Konvention Nr. 87 (von 1948) über die Freiheit zur Vereinigung und das Recht zur Verteidigung der Interessen in Gewerkschaften tritt in Usbekistan in Kraft.
13.12.2017	Nach einer nächtlichen Massenschlägerei zwischen tadschikischen und usbekischen Arbeitsmigranten werden im Südwesten Moskaus 12 Staatsangehörige beider Staaten verhaftet.
13.12.2017	Präsident Mirsijojew unterzeichnet eine Verordnung, nach der ab 1.1. 2018 bis zu 30% des Gehalts von Führungspersonen beim staatlichen Steuerdienst und anderen Finanzinstitutionen bei Fehlentscheidungen einbehalten werden können.
13.12.2017	Der neue kirgisische Präsident Sooronbaj Dscheenbekow trifft während seines zweitägigen Taschkentbesuches mit Präsident Mirsijojew, Premier Aripow und Parlamentssprecher Nigmatulla Juldaschew zu Gesprächen zusammen. Während eines gleichzeitig stattfindenden usbekisch-kirgisischen Business-Forums werden Verträge in Höhe von 140 Mio. US-Dollar unterzeichnet.
14.12.2017	Der Rechtsanwalt Sergej Majorow kann nach mehreren Beschwerden erstmals mit seinem Mandanten, dem Journalisten Bobomurod Abdullajew, sprechen.
14.12.2017	Mit Ukas von Präsident Mirsijojew ist es usbekischen Textilunternehmern ab sofort versuchsweise erlaubt, Baumwolle direkt beim Erzeuger zu erwerben.

14.12.2017	Mark Linscott, Assistant U.S. Trade Representative for South and Central Asian Affairs, sagt Außenhandelsminister Dschamschid Chodschajew US-Unterstützung bei Usbekistans Bemühen um Beitritt zur WTO zu.
15.12.2017	Uzdaily.uz meldet die Unterzeichnung einer Vereinbarung über die gemeinsame Realisierung von 15 landwirtschaftlichen Projekten zwischen dem Landwirtschaftsministerium bzw. der Holding Uzbekozikovkat und der chinesischen Henan Wanbang Selected Supply Chain Management Co.Ltd, die chinesische Seite stellt dafür 500 Mio. US-Dollar zur Verfügung.
15.12.2017	Präsident Mirsijojew unterzeichnet eine Verordnung, mit der die Exportzölle für nahezu alle Waren abgeschafft werden. Außerdem wird bestimmt, dass Grundnahrungsmittel nur mit Erlaubnis von Präsident oder Regierung ausgeführt werden dürfen. Staatsfeindliche Werke und pornographische Materialien dürfen nicht importiert werden.
15.12.2017	Präsident Mirsijojew unterzeichnet eine Verordnung über die Gründung einer Islamischen Akademie, an der Lehrer ausgebildet werden sollen.

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortliche Redakteurin: Dr. Beate Eschment

Redaktionsassistent: Dr. Henryk Alff

Satz: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1866-2110 © 2017 by Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH • Mohrenstraße 60 • 10117 Berlin • Telefon: +49 (30) 2005949-20

e-mail: beate.eschment@zois-berlin.de • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien



Kostenlose Länder-Analysen auf www.laender-analysen.de

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen zur post-sowjetischen Region werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Polen-Analysen werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut, der Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.



Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies>